



Sozialbündnis Krefeld



Soziale Gerechtigkeit für **Krefeld**

96 Seiten geballte Information und reich bebildert mit JariKaturen

Impressum

Herausgeber: ©Sozialbündnis Krefeld

Redaktion: Brigitte Selbach, Lothar Wilhelms, Ulrich Knur

v.i.S.d.P. Ulrich Knur, E-Mail ulrich.knur@sozialbuendnis-krefeld.de

Layout und DTP: Guido Knabben

Titelblatt und JARIkaturen: JARI Banas, jaricom@gmx.de

Die Originalzeichnungen, Comics & Bilder: 02151-313385

www.atelier-ausstellung.de Gucken kommen geht immer

Sozialbündnis Krefeld, c/o Lothar Wilhelms, Steinstr. 225, 47798 Krefeld

Tel. 02151/631289

Web: www.sozialbuendnis-krefeld.de

Mail: kontakt@sozialbuendnis-krefeld.de

BündnispartnerInnen im Sozialbündnis Krefeld: Alt-Katholische Kirchengemeinde | Anstoss e.V. | Arbeitskreis Dritte Welt e.V. | attac Krefeld | Bündnis90/Die Grünen Kreisverband Krefeld | Bürgerinitiative Rund um St. Josef | Cityseelsorge | Crew Seidenstadt-Piraten der Piratenpartei NRW | DIE LINKE. Krefeld | DGB Krefeld | DKP Linker Niederrhein | Emmaus Gemeinschaft Krefeld e.V. | Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Krefeld-Neuss | IG Metall Krefeld | Katholikenrat für die Region Krefeld / Meerbusch | Katholische Arbeitnehmerbewegung mittlerer Niederrhein | linksjugend [solid] Krefeld | ökumenisches Arbeitslosenzentrum Krefeld-Meerbusch e.V. | Solidaritätshaus Krefeld e.V. | ver.di Bezirk Linker Niederrhein | und Einzelpersonen

Das Sozialbündnis Krefeld trifft sich an jedem ersten Mittwoch im Monat um 18 Uhr im Ökumenischen Arbeitslosenzentrum Krefeld/Meerbusch, Westwall 32-34, 47798 Krefeld

Spenden an das Sozialbündnis auf das Konto

DFG-VK Krefeld, IBAN: DE37 4306 0967 4006 1617 47

Verwendungszweck: Sozialbündnis

1. Auflage Juni 2020



Die Erstellung der Broschüre wurde durch Verzicht der Autor*innen auf Honorar und finanzielle Unterstützung von Bündnispartner*innen ermöglicht.

Diese Broschüre finden Sie auch im Internet auf der Sozialbündnis-Homepage

www.sozialbuendnis-krefeld.de unter „Veröffentlichungen“

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	4
Corona, und jetzt?	5
Vorwort	8
Sozialbündnis Krefeld für „Soziale Gerechtigkeit“	12
Armut	16
Kinderarmut	22
Kinderarmut in Krefeld	24
Energiearmut	26
Tafeln	30
Arbeitslosigkeit	34
HARTZ IV	38
Arbeitszeitverkürzung	42
Sozialticket	46
Kulturelle Teilhabe	50
Rente	54
Migration	60
Rechtspopulismus	66
Öffentliche Finanzen	72
Wohnungsmarkt	76
Klima	84
Umwelt und Gerechtigkeit	88
Das Sozialbündnis Krefeld	90
Dank	92
Bündnispartner*innen im Sozialbündnis Krefeld	93

Das Gesundheitssystem der Profitlogik des Marktes zu unterwerfen fällt uns böse auf die Füße und muss nun blitzschnell korrigiert werden.

Wir stellen fest, dass diejenigen für uns am wichtigsten sind, die nach der Logik des Marktes am schlechtesten bezahlt werden und deshalb in Mengen fehlen: Pflegekräfte, Lebensmittelverkäuferinnen, Kassiererinnen, Regalauffüllerinnen, Erzieherinnen, Reinigungskräfte, Erntehelferinnen. 75 Prozent der Beschäftigten in systemrelevanten Berufen sind weiblich. Und, wie ja allgemein bekannt ist, schlechter bezahlt.

Diejenigen, die zu normalen Zeiten bereits am Rande des Existenzminimums oder sogar darunter leben mussten, wie Alleinerziehende, Kinderreiche, Soloselbständige, HARTZ IV-Empfänger, Obdachlose; Flüchtlinge uva., geraten durch die erschwerten Bedingungen der Krise in existentielle Not.

Geringverdiener werden schnell zu HARTZ IV-Aufstockern. HARTZ IV wird trotz der Schließung vieler Tafeln und durch Hamsterkäufe gestiegener Preise nicht erhöht. Wohnungslose etc. gehen völlig leer aus, die Isolation der ohnehin bereits Abgehängten wird verschärft.

Die Krise trifft Einkommensärmere härter. Das Kurzarbeitergeld von 60 bis 67% kann jetzt zwar allmählich auf 80 bis 87% ansteigen, aber auch das ist noch kein europäischer Spitzenwert. Aufgestockt wird es nur von wenigen Großbetrieben, obwohl den Unternehmen sogar die Sozialversicherungsbeiträge erstattet werden.

Das digitale Lernen bei geschlossenen Schulen ist für Kinder aus ärmeren Familien mit kleinen Wohnungen und schlechterer oder ganz fehlender EDV-Ausstattung schwieriger bis unmöglich.

Werden uns die Auswirkungen der Krise also dazu zwingen, über mehr soziale Gerechtigkeit für die Gesellschaft nachzudenken? Nicht unbedingt, wie schon die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 gezeigt hat. Sobald das Schlimmste überstanden war, ging es weiter wie vorher – oder noch schlimmer. Die Profiteure des Marktes werden auch diesmal ihr Möglichstes tun, dass die Corona-Krise so schnell wie möglich und ohne wesentliche Veränderungen in Vergessenheit gerät.

Vielleicht kann diese Broschüre ja helfen daran zu erinnern, dass wir eine Menge in Richtung sozialer Gerechtigkeit verändern müssen, wenn die Krise erst mal überstanden ist. Und eine Menge Vorschläge, wie man das machen könnte, sind hier auch schon aufgeschrieben.

Aber auch jetzt schon gibt es einige Dinge zu tun, die einfach nicht warten dürfen:

dafür sorgen, dass die Schwächsten unserer Gesellschaft, sei es gesundheitlich oder wirtschaftlich, in der Krise nicht zu Grunde gehen.

darauf achten, dass nicht wieder Verluste sozialisiert und Gewinne privatisiert werden.

genau beobachten, dass Einschränkungen unserer Freiheitsrechte, die in der Krise sinnvoll sein können, nicht zum dauerhaften Abbau demokratischer Rechte führen.

Bleiben Sie gesund!





Zur Broschüre „Soziale Gerechtigkeit für Krefeld“

Nach einer jüngsten Umfrage attestieren 72 Prozent der Befragten, dass die derzeit amtierende „schwarz-rote“ Bundesregierung sich zu wenig für die soziale Gerechtigkeit engagiert. In einigen Kommentaren ist zu lesen: Wir haben eine „Gerechtigkeitslücke“, deren Schließung von einem Großteil der Bundesbürger*innen als politischer Auftrag eingefordert wird. Die Umschreibung der derzeitigen Situation als „Gerechtigkeitslücke“ stellt m.E. eine Verharmlosung dar. Längst haben wir es mit strukturellen Ungerechtigkeiten zu tun, die „systemisch“ bedingt sind und sich zunehmend verfestigen – vor allem zum Nachteil der alltäglichen Lebenssituation derjenigen, die aus dem sozialen Zusammenleben ausgeschlossen werden. Längst geht es ja nicht mehr nur um diejenigen, die (ebenfalls in einer Beschönigung) als die an den Rand Gedrängten klassifiziert werden, sondern gerade um diejenigen, die „rausgedrängt“ werden. Papst Franziskus spricht davon, dass in unsere kapitalisti-

schen Gesellschaften eine „Wegwerfkultur“ und eine Wirtschaft, die tötet, weiter auf dem Vormarsch sind. Die hierdurch „ausgeschlossenen Menschen“ werden in Abfall verwandelt. Und wir alle sind „stumme Zeugen schwerster Ungerechtigkeiten“ (Enzyklika „Laudato si“ Ziff. 36). Dies verstößt grundlegend gegen die Forderungen nach einem sozialen und gerechten Zusammenleben der Menschen, nach einer Gesellschaft, deren Grundlage Gerechtigkeit und Solidarität sein müssen – auch bei uns. Wo die Gerechtigkeit verletzt wird, sind Angst und Gewalt die Folgen. Statt die strukturellen Ursachen der Ungerechtigkeiten in den Blick zu nehmen, werden Asylsuchende, Langzeitarbeitslose, Migrant*innen, Obdachlose, Alte und Kranke und andere zu „Sündenböcken“ erklärt. Die Zunahme und Verstetigung sozialer Spaltungen ist die Folge. Wo Gerechtigkeit mit Füßen getreten wird, entsteht eine tief sozial gespaltene Gesellschaft.

Das Gift der neoliberalen Doktrin, welches uns in den letzten Jahrzehnten injiziert wurde, dass jeder seines Glückes Schmied und der freie Markt die beste „Veranstaltung“ zur Schaffung von Gerechtigkeit sei, da er nach dem Prinzip der „Leistungsgerechtigkeit“ jedem zuteile, hat die „Gerechtigkeitsfrage“ individualisiert und verabschiedet, statt die strukturellen Ursachen von Ungerechtigkeiten politisch und wirksam zu bekämpfen. Schon der Kirchenlehrer Augustinus wusste: „Fehlt einem Staate die Gerechtigkeit, was ist er denn anderes als eine große Räuberbande!“ Räuberbanden gibt es auch in unserer Zeit genug, die vom Fehlen sozialer Gerechtigkeit schamlos profitieren. Da sind die „staatenlosen“ Unternehmen der Digitalwirtschaft, die sich den gesetzlichen Steuerzahlungen durch vielfältige Tricks entziehen und den Staat durch „Cum-Ex-Geschäfte“ ausplündern. Da sind diejenigen, die den freien Markt für heilig erklären, aber Gelder des Staates dann selbstverständlich zur eigenen Rettung in Anspruch nehmen, wenn sie im Spiel der freien Kräfte unterliegen. Während viele in unserer Gesellschaft ihren Fingerzeig auf die angeblich „Asozialen“ und Armen am Rande unserer Gesellschaft richten,

werden diejenigen geschont und nicht selten noch öffentlich hofiert, die sich den Verpflichtungen des Gemeinwesens entziehen, dieses schädigen und ihr ungerechtes und unverschämtes Verhalten als Selbstverständlichkeit und zustehendes Recht ansehen.

Soziale Gerechtigkeit muss deshalb das regulative Prinzip zur Lösung sozialer Fragen sein. Denn sonst werden wir die „Räuberbanden“ nicht los und Ausbeutung, soziale Spaltung und Angst werden sich weiter verschärfen bzw. zunehmen. Soziale Gerechtigkeit findet in modernen Gesellschaften seinen „greifbaren Ausdruck“ in Rechten, die für alle gelten und durchgesetzt werden. Das Krefelder Bündnis für „Soziale Gerechtigkeit“ verweist hierbei immer wieder auf die grundlegenden sozialen Menschenrechte, wie das Recht auf soziale Sicherheit, Arbeit, Bildung etc. Soziale Gerechtigkeit bedeutet die angemessene Verteilung von materiellen Gütern, Arbeitsstellen und Ressourcen einschließlich der Chancengleichheit bzw. Chancengerechtigkeit durch Zugang zu den Gegenständen der Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Ernährung, Wohnung, medizinischer Versorgung oder Bildungschan-



cen. Das mag auf den ersten Blick „formal“ klingen, hat aber für das Zusammenleben der Menschen existenzielle Bedeutung, denn: Nur, wenn Menschen ihre auf soziale Gerechtigkeit gründenden Rechte wahrnehmen können, kann von einer freien, gleichberechtigten, sozialen und demokratischen Gesellschaft gesprochen werden. Erst die Gerechtigkeit macht den „Staat zum Staate“ und konstituiert das auf Gleichheit beruhende Gemeinwesen.

Viele beklagen die zunehmende soziale Kälte unserer Gesellschaft, den Auseinanderfall, das fehlende Mitgefühl, die zunehmende Diskriminierung und das Verdrängen der zentralen Zukunftsfragen, die wir auf die lange Bank schieben. Die entscheidenden Fragen für ein

gelingendes Gemeinwesen sind und bleiben: Wie wollen wir leben? Wie ist das gute Leben für alle möglich? Diese Grundsatzfragen lassen sich nicht ohne soziale Gerechtigkeit als Prinzip „sinnvoll“ beantworten. Das Gemeinwohl aller ist in einem Höchstmaß gerechtigkeitsabhängig. Wo die Gerechtigkeit vorenthalten oder beschädigt wird, machen die Räuberbanden sich auf, das Gemeinwesen zum Schaden aller zu schleifen.

Die strukturelle Form der Gerechtigkeit ist der starke Sozialstaat. Er ist struktureller Bestandteil einer auf dem Prinzip der Gerechtigkeit gründenden Gesellschaft und Demokratie. Im Grundgesetz der Bundesrepublik heißt es in Art 20, Abs. 1: „Die Bundesrepublik Deutsch-

"Bei Gott, wenn ich das alles überdenke, dann erscheint mir jeder der heutigen Staaten nur als eine Verschwörung der Reichen, die unter dem Vorwand des Gemeinwohls ihren eigenen Vorteil verfolgen und mit allen Kniffen und Schlichen danach trachten, sich den Besitz dessen zu sichern, was sie unrecht erworben haben, und die Arbeit der Armen für so geringes Entgelt als möglich für sich zu erlangen und auszubeuten."

Karl Kautsky

(deutsch-tschechischer Philosoph, sozialdemokratischer Politiker 1854–1938)

land ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Demokratie und Soziales sind unmittelbar miteinander verbunden. Das eine kann nicht ohne das andere. Welchen hohen Stellenwert das Grundgesetz dem Sozialstaatsgebot einräumt, zeigt sich darin, dass die Sozialstaatlichkeit gegen jedwede Änderung durch den verfassungsändernden Gesetzgeber gesichert ist. Das Sozialstaatsgebot einzulösen, ist eine der obersten Pflichten staatlicher Rechtssetzung und der Politik. Dabei geht es um mehr als Fürsorge, sondern um Verteilungsgerechtigkeit, die einen strukturellen Ausgleich – etwa mit Hilfe des Steuerrechts – zwischen Starken und Schwachen schafft. Wer den Sozialstaat schlecht redet, ihn gar für entbehrlich hält, wer den Sozialstaat zu einem lästigen Anhängsel der freien Marktwirtschaft degradiert, wer dem Marktradikalismus das Wort redet und die soziale Sicherheit weiter privatisieren will, der gefährdet nicht nur den sozialen Zusammenhalt und den sozialen Ausgleich, sondern die Demokratie selbst. Wer den Sozialstaat aufgrund angeblich exorbitanter

Kosten zum „Zukunftsrisiko“ erklärt, wird die Zukunft nicht meistern, sondern sich bald in einer Welt wiederfinden, in der das Faustrecht der Stärkeren die Oberhand gewinnt und in der Verarmung und Ausgrenzung herrschen.

In der Präambel zur Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft heißt es u. a.: „Die Stärke des Volkes misst (sich) am Wohl der Schwachen.“ Das ist ein guter und hoch aktueller Satz – auch für uns. Wo den Schwachen „Wohl ist“, ist das Gemeinwesen stark. Wo die soziale Gerechtigkeit großgeschrieben wird, ist der Zusammenhalt des Volkes gut aufgestellt. Sich für mehr soziale Gerechtigkeit einzusetzen, ist deshalb das Gebot der Stunde. Wir brauchen einen starken Sozialstaat, nicht zuletzt um die Demokratie zu schützen!

Dr. Michael Schäfers

Sozialbündnis Krefeld für „Soziale Gerechtigkeit“

Das Sozialbündnis Krefeld (www.sozialbuenndnis-krefeld.de) wurde 2010 als Reaktion auf die Einführung der HARTZ-Gesetze sowie in Folge der mit der Bankenkrise ab 2008 beschleunigten Umverteilung von unten nach oben gegründet.

In seiner Grundsatzklärung benennt das Sozialbündnis Krefeld beispielhaft soziale Verwerfungen und formuliert Forderungen für eine sozialere Politik.

Der Einsatz für mehr soziale Gerechtigkeit ist wesentlicher Teil unseres Engagements für die Verbesserung der Lebenssituation einkommensarmer Menschen.

Der Begriff der „Sozialen Gerechtigkeit“ spielt in der Arbeit des Sozialbündnisses Krefeld eine zentrale Rolle und wird auch in der öffentlichen Diskussion zunehmend häufig verwendet. Dabei zeigt sich, dass unter sozialer Gerechtigkeit oft sehr unterschiedliche Dinge verstanden werden.

Dieses Verständnis ändert sich mit den gesellschaftlichen, historischen und ökonomischen Umständen. Die Mächtigen nutzen dies, um entsprechende Maßstäbe nach Haushaltlage und Konjunktur- bzw. Wirtschaftslage nach unten zu korrigieren, wie z.B. mit der Ab-

schaffung der Arbeitslosenhilfe 2005 und der Einführung des ALG II (HARTZ IV).

Im Folgenden beschreibt das Sozialbündnis sein Verständnis von „Sozialer Gerechtigkeit“:

Soziale Gerechtigkeit ist um so mehr gegeben, je weiter in einer Gesellschaft die sozialen (Menschen-)Rechte erfüllt werden, die in den Kapiteln 22-25 der UN-Menschenrechtskonvention und im UN-Sozialpakt niedergelegt sind. Diese haben in Deutschland seit 1976 Gesetzesrang.

Im Wesentlichen sind dies:

- Ein Recht auf soziale Sicherheit, d. h. auf „ein Leben ohne Furcht und Not“
- Ein Recht auf Arbeit, auf Schutz vor Arbeitslosigkeit, angemessene Entlohnung und beruflichen Zusammenschluss
- Ein Recht auf Erholung
- Ein Recht auf lebenslänglichen angemessenen Lebensstandard in Bezug auf Nahrung, Kleidung, Wohnung und ärztliche Versorgung



- Ein Recht auf Bildung
- Ein Recht auf Beteiligung am kulturellen Leben

Es bedeutet aber auch:

- Die Geltung dieser Rechte für jede*n ergibt sich aus der Würde jedes Menschen. Sie sind bedingungslos und an keine andere Voraussetzung oder Gegenleistung gebunden.
- Wachsende wirtschaftliche Möglichkeiten der Gesellschaft müssen sich in zunehmender sozialer Sicherheit des Einzelnen widerspiegeln.
- Der Staat hat die Verantwortung für das soziale Wohlergehen seiner Bürger.

Um diese sozialen Rechte zu gewährleisten, muss der Staat Verteilungsgerechtigkeit für den gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum schaffen. Insbesondere gilt dies in einer „Marktwirtschaft“, da in der kapitalistischen Wirtschaft nicht Gerechtigkeit, sondern nur Erfolg oder Misserfolg zählen.

Andere Ansätze für soziale Gerechtigkeit, wie z.B. Chancengerechtigkeit, können nur bei funktionierender Verteilungsgerechtigkeit wirksam werden.

Das Konzept einer „Sozialen Marktwirtschaft“ erfordert, dass die Ziele der Sozialpolitik dem Gewinnstreben von Minderheiten übergeordnet sind. Mit der Durchsetzung des Neoliberalismus haben sich die Verhältnisse umgekehrt; die vorherrschende Politik strebt jetzt eine „Marktkonforme Demokratie“ an. Dabei nimmt die Vermögens- und Machtkonzentration

on zu und verschärft die Spaltung der Gesellschaft.

Der neoliberalen Ideologie folgend propagieren führende Politiker, dass bei Begünstigung der Kapitaleigner (Verzicht auf Vermögenssteuer, kaum Erbschaftssteuern, abgesenkte Spitzensteuersätze, geringe Körperschaftsteuer etc.) die Einkommensarmen mit profitieren.

Das Sozialbündnis fordert dagegen, den Sozialstaatsauftrag des Grundgesetzes auch gegen Widerstände Privilegierter aktiv und zielgerichtet umzusetzen.

Dazu gehört wesentlich eine bessere öffentliche Daseinsfürsorge. Insbesondere die Kommunen wurden trotz wachsenden Volkvermögens in dauerhafte Verschuldung getrieben. (Bsp. Renovierungstau in Schulgebäuden, Schließung von Schwimmbädern, ...) Vor allem Einkommensarme brauchen Kommunen mit guter Infrastruktur, mit guten sozialen und Bildungsangeboten.

Das Sozialbündnis setzt sich für den Erhalt und den Ausbau der sozialen Daseinsfürsorge ein. Es wendet sich gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums, auch im Rahmen von ÖPP (Öffentlich-Private-Partnerschaft).

Stattdessen kann die Vergesellschaftung von natürlichen Ressourcen wie Grund, Boden und Wasser, aber auch von Produktionsmitteln zu einer gerechteren Verteilung und zur besseren Bedürfnisbefriedigung aller führen.

Das Bündnis wendet sich gegen eine Wirtschaft, die nicht den Menschen dient, die national und global zu Raubbau an der Umwelt sowie an den arbeitenden Menschen, zu struktureller Gewalt, sozialer Spaltung und wachsender Ungleichheit führt.

Die bestehende hohe Ungleichheit in Einkommen und Vermögen verletzt aber nicht nur die soziale Gerechtigkeit, sondern kann auch sehr negative Konsequenzen für die Volkswirtschaft haben (Michael Fratzer, Präsident des DIW Berlin).

Wir fordern u. a.:

Vorrang des Menschen vor dem Kapital. Kein Wachstum um jeden Preis.

Achtung der Menschenwürde und des Tier- und Naturschutzes i.S. nachhaltigen ökologischen Wirtschaftens.

Bessere Förderung von Armen, von Menschen in prekären Lebensverhältnissen. – Es darf z. B. nicht sein, dass in Krefeld jedes zweite Neugeborene mit Mutter bzw. Eltern von Sozialleistungen wie HARTZ IV oder Sozialhilfe leben muss.

Die soziale Mindestsicherung darf nicht unterschritten werden. Stopp der Sanktionen beim ALG II.

Besondere Förderung von Langzeitarbeitslosen.

Deutliche Anhebung des Mindestlohns (der eine Altersrente oberhalb der Grundsicherung ermöglichen muss), des HARTZ IV-Satzes, der Sozialhilfe und der Grundsicherung im Alter.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Armut ist zu oft weiblich.

Stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Wohnen muss für alle bezahlbar sein.

Mehr Investitionen in Bildung und frühkindliche Förderung.

Bessere Gesundheitsversorgung einkommensarmer Menschen. Krankenversicherung für alle, die auch für jede(n) bezahlbar ist.

Gerechtere Steuerpolitik. Einkommensschwache steuerlich entlasten (z. B. Senkung der Mehrwertsteuer).

Stärkere Besteuerung von Kapitalerträgen. Anhebung des Spitzensteuersatzes wieder auf 53 %, Besteuerung von großen Erbschaften.

Staatliche Förderung der einkommensarmen Menschen in der Altersvorsorge.

Bessere Unterstützung schwerbehinderter Menschen.

Menschenwürdiger Umgang mit / Versorgung und Förderung von Flüchtlingen/ Migranten.

Mobilität muss für alle möglich sein. Die Sozialtickets müssen nicht nur erhalten, sondern verbilligt und auf Geringverdiener, auch Azubis, erweitert werden.

Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums. Öffentliche Daseinsfürsorge muss öffentliche Aufgabe bleiben.

Wir glauben, dass tiefgreifende Einschnitte für eine solidarische und gerechte Welt und für eine umfassende Verteilungsgerechtigkeit notwendig sind. Rechtspopulistische und rassistische Ansätze, die augenblicklich nicht nur bei uns Zulauf haben, sind das genaue Gegenteil dessen, was wir brauchen.

Diesen spaltenden Tendenzen setzen wir die Vision einer besseren Welt für alle entgegen, die den Menschen eine Orientierung geben soll. Als ein Beispiel dafür sei der Beschluss ARBEIT. MACHT. SINN.¹ der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) von Mai 2017 in Krefeld genannt.

Krefeld, im Mai 2018

¹ <https://bit.ly/37dhyRq>



Armut



Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Christoph Butterwegge hat bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln gelehrt und zuletzt das Buch „Die zerrissene Politik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland“ (Weinheim/Basel: Beltz Juventa 2020) veröffentlicht.



Mehr soziale Gerechtigkeit wagen!

Soziale Gerechtigkeit ist schwer zu definieren. Jeder versteht wahrscheinlich etwas anderes darunter. Für mich ist eine Gesellschaft erst dann gerecht, wenn alle Menschen über die Möglichkeit verfügen, sich persönlich voll zu entfalten. Ob dies der Fall ist, hängt wesentlich von den ihnen zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen ab. Denn soziale Gerechtigkeit ist nur gegeben, wenn die Kluft zwischen Arm und Reich nicht so groß ist, dass die einen sehr viel haben und die anderen wenig oder gar nichts.

Die in Deutschland bestehende Verteilungsschieflage kann nur beseitigt werden, wenn wir uns künftig mehr am Ziel der Bedarfsgerechtigkeit orientieren. In einer so reichen Gesellschaft wie der unseren muss im Vordergrund stehen, was die einzelnen Mitglieder brauchen. Das ist natürlich individuell unterschiedlich – ein Schwerstbehinderter braucht mehr, um sich entsprechende Hilfsmittel oder eine Vollassistenz leisten zu können, als jemand, der kein Handicap und ohnehin genug hat. Deshalb wäre die Herstellung von Bedarfsgerechtigkeit besser als die Beschwörung von

Leistungsgerechtigkeit. Letztere hat aber wegen der öffentlichen Meinungsführerschaft des Neoliberalismus einen höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft – wobei auch Leistung unterschiedlich aufgefasst wird. Der eine versteht darunter, was Erzieherinnen, Krankenschwestern und Altenpfleger tun. Der andere versteht darunter, was ein Manager macht oder auch das Befolgen guter Tipps eines Anlageraters an der Börse. Letzteres ist aber keine Leistung. Leistung bedeutet, etwas zu schaffen, was für die Gesellschaft nützlich ist.

So verstanden, ist es richtig, wenn Menschen, die mehr leisten, auch besser bezahlt werden. Aber in Deutschland hängt die Bezahlung nicht von der Leistung ab, sondern davon, was der Markt hergibt, was die Verantwortlichen gewähren und vielleicht noch davon, was Gewerkschaften erkämpfen. Es hat allerdings nichts mit Leistung zu tun, einen ganzen Konzern zu erben und auf Grund unserer Steuergesetze dafür nicht einen Cent betriebliche Erbschaftssteuer zu zahlen. Es ist schließlich keine Leistung, der Sohn oder die Tochter eines Milliardärs zu sein.

In meinen Augen müssen wir die Bedarfs- auch der „Chancengerechtigkeit“ vorziehen. Die Chance an sich enthält ja noch nicht das Ergebnis – aber darauf kommt es letztlich an. In einer Gesellschaft, in der die Ressourcen so

ungleich verteilt sind wie in unserer, gibt es keine Chancengerechtigkeit. So hat das Kind einer alleinerziehenden Mutter, die sich im HARTZ IV-Bezug befindet, beispielsweise mit Blick auf die Bildung nie die gleichen Chancen wie das eines Großunternehmers. Dennoch kann es auch in einer kapitalistischen Gesellschaft mehr oder weniger soziale Gerechtigkeit geben. Das hängt davon ab, wie der Reichtum verteilt ist. Es wäre wichtig, mehr Steuergerechtigkeit herzustellen – also die stärker zu belasten, die über große Vermögen und hohe Einkommen verfügen, und diejenigen weniger zu belasten, die dadurch benachteiligt sind, dass sie nichts oder wenig besitzen.

Es ist auch nicht gerecht, wenn Manager 100 Mal so viel verdienen wie „normale“ Beschäftigte. Dennoch wäre es klüger, die unteren Einkommen anzuheben, als die oberen zu begrenzen. Hohe Einkommen müssten dann entsprechend progressiver besteuert werden. Daher wäre es wichtig, wieder eine Vermögensteuer zu erheben – die übrigens nach wie vor im Grundgesetz steht, aber seit 1997 unter der Regierung von Helmut Kohl nicht mehr erhoben wird.

Zutiefst ungerecht hingegen wäre hingegen die Komplettabschaffung des Solidaritätszuschlages, wie sie Teile der Union, die FDP und die AfD fordern. Die im Volksmund liebevoll

„Soli“ genannte Ergänzungsabgabe in Höhe von 5,5 Prozent wirkt schon deshalb progressiv, weil sie nicht bloß auf die Einkommensteuer, sondern auch auf die Kapitalertrag- und die Körperschaftsteuer erhoben wird. Verteilungspolitisch wäre die „Soli“-Abschaffung deshalb mehr als fragwürdig: Durch sie würden sich auf Dauer die Einkommens- und die Vermögensungleichheit in Deutschland verschärfen. Würde man den Solidaritätszuschlag hingegen beibehalten und ihn umwidmen, ließen sich die Einnahmen in Höhe von fast 20 Milliarden Euro jährlich für die Bekämpfung der Kinderarmut durch Schaffung einer dafür geeigneten sozialen, Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur, für den Bau bezahlbarer Wohnungen oder für die Beseitigung regionaler Disparitäten verwenden.

Ebenso ungerecht ist die Spar- oder Austeritätspolitik; meistens wird ja gar nicht gespart, sondern die Lasten werden nur umverteilt. Der Staat entlastet sich auf Kosten derjenigen, die zusätzliche finanzielle Belastungen am wenigsten tragen können. Es müsste stärker investiert werden, denn wir bräuchten eine bessere Verkehrs-, Bildungs- und soziale Infrastruktur. Warum kann der Staat nicht, wie beispielsweise in Skandinavien, allen Kindern in Tageseinrichtungen kostenfrei ein warmes Mittagessen zur Verfügung stellen? Warum haben wir keine allgemeine Lernmittelfrei-

heit? Weil die politisch Verantwortlichen seit langem Hyperreiche entlasten, indem es ihnen möglich ist, Millionen oder Milliarden Euro an Dividendenzahlungen zu erhalten, ohne die gleiche Steuer zu zahlen wie ein Facharbeiter, der extrem viele Überstunden macht. Während dieser den Spitzensteuersatz von 42 Prozent Einkommensteuer zahlen muss, fallen auf Aktienpakete in aller Regel nur 25 Prozent Kapitalertragsteuer an. Ungerechter könnte es nicht zugehen. Das zeigt, wie nötig es ist, Deutschland sozial gerechter zu machen.

Wer mehr soziale Gerechtigkeit schaffen will, muss zuerst an diejenigen denken, denen es am schlechtesten geht. An erster Stelle müssten diejenigen ohne Arbeit und ohne Wohnung stehen. Immer noch sind Millionen von Menschen erwerbslos, die meisten von ihnen Transferleistungsbezieher*innen. Da müsste man schauen, ob die Grundsicherung für Arbeitsuchende ihren Namen überhaupt verdient. Kann man vom HARTZ IV-Regelbedarf menschenwürdig leben und sich am gesellschaftlichen Leben teilhaben? Also mal ins Kino oder in die Kneipe gehen und Freunde einladen? Nein, das kann man leider nicht. Sind die Sanktionen gerecht? Ist es gerecht, dass Menschen unter 25 Jahren nach zwei sogenannten Pflichtverletzungen nicht nur das Recht auf den Bezug von Geldleistungen des Jobcenters, sondern auch das auf ihre Wohnung verlieren?

„Den Armen, die oft als Parasiten der Gesellschaft angesehen werden, wird nicht einmal ihre Armut verziehen.“

Papst Franziskus

Manche Beobachter meinen, dass der Staat mit Blick auf soziale Gerechtigkeit genug für die Teilhabe aller getan hat, wenn er Kindern den Zugang zu Bildung und Erwachsenen den Zugang zum Arbeitsmarkt sichert. Aber in einer Gesellschaft, die so auf das Geld fixiert ist, geht es nicht in erster Linie um „Teilhabe“, sondern um Beteiligung und eine gerechte Verteilung des Reichtums. Denn für die Beteiligung an sozialen, kulturellen und Bildungsprozessen, also beispielsweise einen Theaterbesuch, braucht man viel Geld.

Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff „Generationengerechtigkeit“, der so tut, als verlief die soziale Scheidelinie in unserem Land zwischen Jung und Alt. Dabei verläuft sie immer noch, ja mehr denn je zwischen Arm und Reich – und zwar in allen Generationen. Einerseits

gibt es immer mehr arme Kinder, andererseits erben die Kinder von Familienunternehmern ganze Konzerne, ohne dafür Steuern bezahlen zu müssen. Ebenso gibt es einerseits Hunderttausende arme Rentnerinnen und andererseits viele Menschen, die im Alter hyperreich sind. Soziale Gerechtigkeit muss aber bedeuten, dass Menschen aller Generationen in Würde leben können. Da die Reichen immer reicher und die Armen immer zahlreicher werden, geht es nicht um „Teilhabe“, sondern um Verteilungsgerechtigkeit. Wenn alle vom gesellschaftlichen Reichtum profitieren, steht ihnen auch die Beteiligung am sozialen, kulturellen und politischen Leben frei.

Christoph Butterwegge

Die Situation in Krefeld



Armut in Krefeld

15 Prozent aller Krefelder*innen bezogen Ende 2018 Leistungen aus SGB II (HARTZ IV, 27.949 Personen) oder SGB XII (Sozialhilfe 4.780) sowie Asylbewerberleistungsgesetz (1.383). In NRW insgesamt liegt diese Mindestsicherungsquote bei 11 Prozent.¹ Im Oktober 2019 waren in Krefeld 28.507 Personen in „Bedarfsgemeinschaften“ nach HARTZ IV.² ca. 50.000 Menschen in Krefeld beziehen Transferleistungen incl. Wohn-geld, Asylbewerberleistungen, Grundsicherung im Alter, Sozialhilfe bei Krankheit, Erwerbsminderungsrente etc..

In der Seidenstadt leben 61 Einkommensmillionäre, aber auch 28.583 HARTZ IV- Beziehende. Krefelder*innen haben ein Durchschnittsnettoeinkommen von 21.594 Euro im Jahr. Von 396 Städten und Gemeinden in NRW liegen wir auf Platz 298 im unteren Drittel. Der Durchschnitts-Nordrhein-Westfale kann 669 Euro mehr ausgeben.³ 11.700 (18,8% der Vollzeit-

beschäftigten) Krefelder beziehen Niedriglöhne.⁴ 25 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II (HARTZ IV) sind berufstätig, aber trotz Arbeit reicht das Geld nicht.⁵ Sie sind „Aufstocker“.

Bei der Überschuldung liegt Krefeld mit 15,13 Prozent der privaten Haushalte weit über dem Bundesdurchschnitt von 10 Prozent. Insbesondere bei Älteren steigt die Überschuldung vor allem durch höhere Wohnkosten.⁶

Lothar Wilhelms

¹ Landesstatistik: http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialindikatoren_nrw/indikatoren/7_einkommensarmut/indikator7_5/index.php, Jugendhilfeausschuss 6.11.19

² Arbeitslosenreport FW NRW 4-2019

³ RP Online 3.1.20, WZ 21.9.19 u. 24.9.19

⁴ WZ 9.1.20

⁵ Arbeitslosenreport FW NRW 4-2019, WZ 23.12.19

⁶ WZ 15.11.19

Kinderarmut

Gleiche Chancen und Rechte für alle Kinder: Kindergrundsicherung

Der Ausschuss der UNO zur Überwachung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte hat im Herbst 2018 die Bundesregierung wegen ihrer Untätigkeit im Kampf gegen Kinderarmut ungewöhnlich scharf angeprangert. Sie ist gehalten alle sieben Jahre in einem Staatenbericht darüber Auskunft zu geben, wie sie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte aus dem Sozialpakt verwirklicht. 1966 hatte sie den UN-Sozialpakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ratifiziert und sich zu dessen Umsetzung verpflichtet. Der Ausschuss stellte fest, dass bei der Kinderarmut derart schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen vorliegen, dass er von der Bundesregierung einen „dringlichen Zwischenbericht“ innerhalb von 24 Monaten angefordert hatte. Kein Wunder, dass die Öffentlichkeit und die Politik, über diese Kritik verschämt schweigen!

Der UN Ausschuss ist besorgt darüber, dass mehr als zweieinhalb Millionen Kinder unter 18 Jahren, zumeist in alleinerziehenden Haushalten, in Armut leben. Der Ausschuss kritisiert, dass die Höhe der Sozialleistungen nicht den grundlegenden Bedarf dieser Kinder deckt. Besorgniserregend sei auch die hohe Quote derer, die Sozialleistungen und Rechte nicht in Anspruch nehmen. Es gibt also Hürden, seine Rechte wahrnehmen zu können.

Dabei gibt es eine Fülle von Maßnahmen zur Kinder- und Familienförderung. Doch sie sind gemessen am Ziel der Verhinderung von Kinderarmut ineffektiv und ungerecht. Ungerecht ist es, wenn Bezieherinnen und Bezieher höherer Einkommen für ihre Kinder mit ihrem Kindersteuerfreibetrag eine Entlastung von fast 300 Euro monatlich bekommen, während nor-

Kinderarmut ist mehr, als nur wenig Geld zu haben. Armut ist erblich.

N.N.s



Prof. Dr. Franz Segbers

Franz Segbers ist emeritierter Professor für Sozialethik an der Philipps-Universität Marburg, war Referent für Arbeit, Ethik und Sozialpolitik im Diakonischen Werk Hessen und Nassau und nimmt seit Jahren Gastprofessuren auf den Philippinen wahr. Er ist Autor von: „Wie Armut in Deutschland Menschenrechte verletzt“ (2016); zus. mit Michael Ramminger: „Alle Verhältnisse umzuwerfen und die Mächtigen vom Thron zu stürzen.“ „Das gemeinsame Erbe von Christen und Marx“ (2018); zus. mit Cornelia Hildebrandt u. a.: „Die Linke und die Religion. Geschichte, Konflikte und Konturen“ (2019)..

male Arbeitnehmer ein geringeres Kindergeld lediglich in der Höhe von 204 Euro bekommen und armen Familien wird das Kindergeld gar gänzlich in den HARTZ IV-Regelsatz in der Höhe von 424 Euro eingerechnet. Kinder in armen Haushalten erhalten ein Sozialgeld, das nach Abschlägen vom Erwachsenenregelsatz berechnet wird. Doch Kinder gehören nicht in das HARTZ IV-System des Förderns und Forderns für Erwerbssuchende. Sie sind keine kleinen Arbeitslose! Es ist zutiefst ungerecht, wenn die soziale Herkunft über die Zukunft von Kindern entscheidet und nicht das, was in ihnen steckt. Wenn die Regelsätze für Kinder deren Bedarf nicht abdecken, dann ist die Politik für Kinderarmut direkt verantwortlich zu machen.

Jedes Kind hat das Recht, das zu bekommen, was es für ein gutes Aufwachsen benötigt. Nur eine Kindergrundsicherung ist in der Lage zu garantieren, dass alle Kinder das, was sie zum Leben brauchen, auch bekommen. Zahlreiche Studien belegen, dass das beste und effektivste Mittel gegen Kinderarmut eine eigenständige und einheitliche Geldleistung für alle Kinder und Jugendlichen ist, die mindestens den grundlegenden finanziellen Bedarf für die

Existenz und gesellschaftliche Teilhabe der Kinder und Jugendlichen absichert. Mit einer einheitlichen und eigenständigen Geldleistung würden die bisherigen unterschiedlich hohen und deshalb ungerechten Förderungen im Kindergeld- und Kinderfreibetragsystem überwunden. Es hätte ein Ende mit dem diskriminierenden und stigmatisierenden Bezug der Grundsicherungsleistungen. Verschiedene Berechnungen zeigen, dass eine Kindergrundsicherung finanzierbar ist. Es gibt kein besseres Mittel, Armut und Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen wirksam zu bekämpfen als eine Kindergrundsicherung. Deshalb lautet die entscheidende Frage: Wie wichtig ist es einer Gesellschaft, Kinderarmut wirklich zu überwinden?

Prof. em. Dr. Franz Segbers
Universität Marburg, Franz.Segbers@online.de

UN-Staatenbericht: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuell/news/meldung/article/umfangreiche-hausaufgaben-fuer-die-bundesregierung/>
Nähere Informationen zum Bündnis zur Kindergrundsicherung: <http://www.kinderarmut-hat-folgen.de/>



Kinderarmut in Krefeld

"Jedes vierte bis fünfte Kind in Krefeld wächst in einem HARTZ IV-Umfeld auf", sagt Caroline Frank-Djabbarpour vom SKM.¹

Insgesamt leben in Krefeld 9.081 Kinder im SGB-II-Bezug (Stand März 2019), von denen mehr als ein Drittel schon vier Jahre oder länger.² Das sind 24,3% der Krefelder Kinder in der Mindestsicherung.³

Der Bestand der "Sozialwohnungen" nimmt kontinuierlich ab⁴, sodass auch für Familien mit Kindern kaum noch bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Damit wachsen Kinder in beengten Verhältnissen auf und haben keine Ruhe zum Lernen und Entspannen.

Die meisten armen Kinder leben in der Stadtmitte, Krefeld-Süd und Krefeld-West² - lt. Frau Dr. Silke Tophoven.

Mit der Armut der Krefelder Kinder gehen materielle Entbehrungen einher, wie die Unterversorgung mit Alltagsgütern, sie fahren meist nie in Urlaub und haben eingeschränkte Freizeitmöglichkeiten. Sie sind nicht mobil, es sei denn, sie haben ein Schülerticket, welches aber nur bestimmte Strecken abdeckt. Arme Kinder haben meist auch kein Taschengeld. Für die Teilhabe ist aber ein Kleinstbetrag wichtig,

um überhaupt in der Lage zu sein, sich beispielsweise mal einen Kino- oder Konzertbesuch zu gönnen. Wenn sich ein Kind kein Brötchen beim Bäcker, am Büdchen keine Sammelkarten oder sich keine Jugendzeitschrift kaufen kann, steht das Kind im wahren Sinne des Wortes außen vor. Kinder in ständiger Armut leiden unter starker Anspannung, Isolation, sind oft krank. Immer mehr nichterstattungsfähige Medikamente können nicht gekauft werden, sodass eine Behandlung erst erfolgt, wenn die Schäden schon gravierend sind.⁵

Kinderarmut bedeutet Ausgrenzung! - Einige Beispiele, wie Krefeld sich dem entgegensetzt:

Familienkarte⁶

Es gibt hauptsächlich Ermäßigungen von 10%. Arme Kinder profitieren nicht davon, denn die Preise sind für sie unerschwinglich.⁷ Trotzdem gibt es auch einige kostenlose Veranstaltungen, wie z.B. „Bilderbuch-Reise“, „Wörterwuseltrennen“ von Ann Cathrin Raab für Kinder ab 5 Jahren“ oder „KunstImPuls“.

Das, was Kinder meist interessiert, ist viel zu teuer. z.B.:

Pony AG für Kinder von 3 bis 6 Jahren	pro Kind und Elternteil 15 € oder mit Familienkarte 13,50 €
Museumsspaß für Kinder von 5 bis 12 Jahren	Kosten: 10,00 €
Tanztheater für Kinder und Jugendliche - Workshop	Kursgebühr: 32,00 €
Ein Tag auf der Burg für Mädchen (Kinder von 8 bis 12 Jahren)	28,00 €

Bei vielen Veranstaltungen steht nicht einmal ein Preis.

Stadtinitiative "Krefeld für Kinder"

Rund 1.500 Kinder von 9.081 armen Kindern profitieren pro Jahr von den Projekten der Initiative, die sich um Bildung, Gesundheit und kulturelle/sportliche Förderung kümmert. Dazu rechnet der Koordinator mit 120.000 Euro Spenden dieses Jahr. Viele Projekte kommen Kindern u. a. aus der Innenstadt und dem Südbezirk zugute, da hier die meisten armen Kinder wohnen. Schnell gefördert werden können z.B. Schreib-, Lese- und Rechenschwäche. Weiterhin soll es die Ferienerlebnistage in den Oster- und Herbstferien geben, sowie die Weihnachtstaler für den Besonderen Weihnachtsmarkt usw.⁸

Auch bei dem Projekt "Rund um Bleichpfad" wollen die Mitarbeiter des städtischen Fachbereichs Jugendhilfe mit geeigneten Maßnahmen die Situation insbesondere von Kindern und Jugendlichen aus unsicheren Lebensverhältnissen verbessern. Damit nimmt die praktische Umsetzung der Krefelder Kommunalen Präventionskette, eingebettet in die Initiative „Krefeld für Kinder“, in einem weiteren Schritt konkrete Formen an.⁹

Freier Eintritt für Kinder

Mediothek - Im Jahr 2020 ist der Jahresbeitrag für Kinder umsonst, laut Frau Hölters.¹⁰

Städtische Museen, Archäologisches Museum Krefeld, Burg Linn samt Jagdschloss.¹⁰⁺¹¹

Da aber das Fahrgeld selber aufgebracht werden muss, können gerade arme Familien und Kinder an den kostenlosen Angeboten nicht teilnehmen. Hier wäre es schön, noch eine Lösung zu finden.

Brigitte Selbach

¹ WZ "Sozialdienste: Fast jedes vierte Kind wächst in HARTZ IV-Umfeld auf" - siehe dazu auch: "E. Meyer: In Krefeld befindet sich jedes 4. Kind in einer sozial prekären Lage." WZ 23.01.2020
² S.19 und S. 21 aus Jugendhilfeausschuss für Kinder, Jugend und Familie am 06.11.2019

³ S. 18 aus Jugendhilfeausschuss für Kinder, Jugend und Familie am 06.11.2019

⁴ S. 27 aus Jugendhilfeausschuss für Kinder, Jugend und Familie am 06.11.2019 siehe dazu auch "Studie der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 063, April 2018"

⁵ Paritätischen Armutsbericht 2018

⁶ Familienkarte - https://www.krefeld.de/c1257cbd001f275f/files/broschuere_familienkarte_2020.pdf?file/broschuere_familienkarte_2020.pdf?openelement

⁷ <https://www.krefeld.de/familienportal/inhalt/veranstaltungen-nach-monat/>

⁸ weitere Infos: <https://rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/kre->

[feld-die-initiative-krefeld-fuer-kinder-ist-erfolgreich-gestartet_aid-48481615](https://www.krefeld.de/de/inhalt/rund-um-bleichpfad-aktive-unterstuetzung-im-wohnquartier/)

⁹ <https://www.krefeld.de/de/inhalt/rund-um-bleichpfad-aktive-unterstuetzung-im-wohnquartier/>

¹⁰ https://rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/krefeld-2020-gibt-s-freien-museumseintritt-fuer-schueler-unter-18_aid-47511901

¹¹ <https://www.krefeld.de/de/inhalt/neue-schulprogramm-und-freier-eintritt-ab-2020/>

Energiearmut



(Soziale) Kälte vermeiden: Maßnahmen zur Eindämmung von Energiesperren

Ein jederzeitiger und unproblematischer Zugang zu Strom erscheint im 21. Jahrhundert selbstverständlich. Niemand möchte sich ausmalen, in einer dunklen und kalten Wohnung zu leben und auf jedwede Elektronik verzichten zu müssen.

Umso unvorstellbarer ist es, dass dieses Leben für zahlreiche Haushalte in Deutschland bittere Realität ist. Die Bundesnetzagentur erfasste im Jahr 2018 knapp 297.000 Stromsperrungen in deutschen Haushalten, davon über 89.000 in Nordrhein-Westfalen. Wie viele Personen je-



Thomas Schellenberg

Thomas Schellenberg studierte Volkswirtschaftslehre an der Ruhr-Universität Bochum und arbeitet als Referent im Landesprojekt „NRW bekämpft Energiearmut“ bei der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen.

doch genau in diesen Haushalten betroffen waren, ist nicht bekannt. Der Beratungsbedarf ist hoch: Das Landesprojekt "NRW bekämpft Energiearmut" bei der Verbraucherzentrale NRW verzeichnete allein in den vergangenen Jahren rund 7.200 Beratungen zu Energiesperren¹.

Die Erfahrungen der Verbraucherzentrale NRW zeigen, dass bei vielen Menschen multiple Problemlagen vorliegen. Neben geringen Einkommen und hohen Stromverbräuchen sowie -preisen tragen auch persönliche Schicksale, Krankheiten oder Sprachprobleme zu einer Verschärfung der Problematik bei.

Um einen bestmöglichen Schutz dieser Menschen zu gewährleisten, sind in Krefeld zahlreiche Verbände und Organisationen in der Sozial- und Schuldnerberatung aktiv, unter anderem die Caritas, SKF, SKM und die Diakonie. Die Verbraucherzentrale bietet mit der Budget- und Rechtsberatung bei Energiearmut

u. a. in Krefeld eine spezialisierte Anlaufstelle für von Energiesperren bedrohte bzw. betroffene Menschen an. Durch eine enge Vernetzung mit dem Jobcenter/ Sozialamt und die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Krefeld werden gemeinsam nachhaltige und tragfähige Lösungen erarbeitet. In den vergangenen Jahren konnten somit in 77 Prozent der beratenen Krefelder Haushalte angedrohte Versorgungsunterbrechungen verhindert und erfolgte Sperren aufgehoben werden.

Die gemeinsame Arbeit der Krefelder Akteure zeigt, dass lokale Hilfsstrukturen bei der Vermeidung von Energiesperren wichtige Instrumente sind. Einen bundesweiten Masterplan mit tragfähigen politischen Rahmenbedingungen gibt es gleichwohl nicht. Nötig sind ressortübergreifende Maßnahmen aus der Energie- und Sozialpolitik, aber auch aus weiteren Politikfeldern wie der Verbraucher-, Familien-, Bildungs- und Wohnungsbaupolitik.

¹ Seit Projektbeginn im Jahr 2012 bietet das Projekt „NRW bekämpft Energiearmut“ an derzeit elf Standorten in NRW eine Budget- und Rechtsberatung an. Die Finanzierung erfolgt anteilig durch die kooperierenden Grundversorger und das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Weiterführende Informationen unter <https://www.verbraucherzentrale.nrw/gegen-energiearmut/>

Ohne Strom bedeutet „Obdachlos in der eigenen Wohnung“

Titel eines Workshops zu Energiesperren mit Hans-Peter Sokoll, Arbeitslosenzentrum Krefeld Meerbusch e.V.

Aus Sicht der Verbraucherzentrale NRW bedarf es zur nachhaltigen Reduzierung von Energiearmut der politischen Umsetzung u. a. folgender Maßnahmen:

1 Messung von Energiearmut: Eine detaillierte Messung von Energiearmut findet in Deutschland nicht statt. Die isolierte Erhebung der jährlichen Strom- und Gassperren reicht nicht aus, um die Breite des Problems Energiearmut zu erfassen. Für eine wirksame Vermeidung von Energiearmut bedarf es einer deutlich umfassenderen Datenerfassung- und analyse. In diese müssten weitere Daten einfließen, wie etwa das Haushaltseinkommen oder der Sanierungszustand von Wohngebäuden.

2 Entlastung bei den Stromkosten: Die Energiewendekosten sollten angemessen auf Haushalts-, Gewerbe- und Industriekunden verteilt werden. Dabei ist auch eine Teilfinanzierung der Energiewende durch Steuermittel denkbar. Derzeit zahlen private Haushalte, die für etwa ein Viertel des gesamten Stromverbrauchs in

Deutschland verantwortlich sind, unverhältnismäßige 36 % der EEG-Umlage.

3 Anpassung der Regelbedarfe: Die Kosten für Haushaltsenergie und Warmwasser sind im Regelbedarf und in den Mehrbedarfen des SGB II und SGB XII deutlich zu gering bemessen. Um zu verhindern, dass Sozialleistungsbezieher in eine Schulden Spirale geraten, ist eine bedarfsgerechte und dynamische Anpassung der Regelbedarfe dringend notwendig.

4 Stärkung der Handlungsmöglichkeiten für Betroffene: Dazu gehört beispielsweise der Ausbau von nutzerfreundlichen Förderprogrammen für energieeffiziente Haushaltsgeräte.

Thomas Schellenberg

Weitere Handlungsbedarfe bei der Reduzierung von Energiearmut: https://www.verbraucherzentrale.nrw/sites/default/files/2019-11/Herausforderungen_und_uebergeordnete_Handlungsbedarfe_bei_Energiearmut.pdf

Die Situation in Krefeld



Energiearmut in Krefeld

Für 2019 ergab sich aus Sicht der Stadtwerke Krefeld (SWK) folgendes Bild:

Rund 156.000 Mahnungen führten zu 44.873 Stundungen und 5.281 Ratenplänen. Nach rund 15.000 Sperrankündigungen wurden 2.909 Stromsperrungen und rd. 170 Gassperren durchgeführt, in rd. einem Drittel der Fälle in nicht (mehr) bewohnten Objekten. Etwa 70 % der gesperrten Zähler werden nach einer Vereinbarung innerhalb einer Woche wieder in Betrieb genommen. Das Sperren und Entsperrn wird dem Kunden mit 102,29 € berechnet.

Um einen bestmöglichen Schutz für Betroffene zu gewährleisten, sind in Krefeld zahlreiche Verbände und Organisationen in der Sozial- und Schuldnerberatung aktiv, unter anderem die Caritas, SKF, SKM und die Diakonie. Die Verbraucherzentrale bietet mit der Budget- und Rechtsberatung bei Energiearmut u. a. in

Krefeld eine spezialisierte Anlaufstelle für von Energiesperren bedrohte bzw. betroffene Menschen an. Durch eine enge Vernetzung mit dem Jobcenter/Sozialamt und die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Krefeld sowie die Unterstützung des Arbeitslosenzentrums werden gemeinsam nachhaltige und tragfähige Lösungen erarbeitet. Im vergangenen Jahr konnte somit für 77 Prozent der 150 beratenen Krefelder Haushalte die angedrohte Versorgungsunterbrechung verhindert oder eine erfolgte Sperre aufgehoben werden.

Die gemeinsame Arbeit der Krefelder Akteure zeigt, dass lokale Hilfsstrukturen bei der Vermeidung von Energiesperren wichtige Instrumente sind.

Ulrich Knur

Quellen: Verbraucherzentrale, SWK Stadtwerke Krefeld

Beratung in Krefeld

Termine für die Beratung in Krefeld erhalten Sie unter der Telefonnummer 02151 - 4121106 oder unter energiehilfe.krefeld@verbraucherzentrale.nrw. Alternativ können Sie jeden Donnerstag ohne vorherige Anmeldung die offene Sprechstunde (Peterstraße 55-57, 47798 Krefeld) zwischen 14 und 16 Uhr aufsuchen.



Der Autor ist Fachreferent für Armut und Grundsicherung im Paritätischen NRW und Stellvertretender Sprecher der Nationalen Armutskonferenz. Er arbeitet beim Paritätischen in Krefeld.



Tafeln überflüssig machen

Eigentlich brauchen wir eine Form der sozialen Existenzsicherung, die Einrichtungen wie Tafeln überflüssig machen müsste. Eigentlich. Denn seit der Einführung von HARTZ IV hat sich die Anzahl der Tafeln in Deutschland auf fast 1000 erhöht. Mehr als eine Millionen Menschen in Deutschland sind auf Tafeln angewiesen. Auch in Krefeld gibt es eine Tafel und die Zahl der Ausgabestellen und „Kund*innen“ wächst. Für viele Menschen sind Tafeln die neue Form der Existenzsicherung.

Tafeln kennt jeder. Tafeln sind sinnvoll, denn sie „umverteilen“ Lebensmittel. Dinge die im Laden nicht mehr verkauft werden können oder dürfen, finden Bedürftige, die diese noch gut verwenden können. Es wird weniger weggeschmissen und muss nicht aufwendig entsorgt werden. Im Gegensatz zu vielen anderen Verei-

nen, haben Tafeln immer viele ehrenamtlich Engagierte, denn vor allem Betroffene engagieren sich hier ehrenamtlich. Dieses große ehrenamtliche Engagement sollte wirklich gewürdigt werden.

Aber: Tafeln sind auch ein Ausdruck der Not von Menschen, die nur so ihre Versorgung mit Lebensmitteln sicherstellen können. Die Regelsätze sind viel zu niedrig. Alle Wohlfahrtsverbände, viele Kirchen, alle Betroffenenorganisationen fordern einen höheren angemessenen Regelsatz im SGB II (HARTZ IV) und im SGB XII („Sozialhilfe“, hier auch „Grundsicherung im Alter“).

Der Paritätische fordert zum Beispiel einen Regelsatz von 582 Euro, statt der 432 Euro, die 2020 gelten. Die aktuelle Berechnung der Regelsätze ist eine fachliche Katastrophe. Auf der

Arbeitslosigkeit



Werner Fleuren

Langjähriger Referent für Arbeiter- und Betriebsratzial in der Region Krefeld im Bezirk Aachen, Projektentwickler für kirchliche Arbeitslosenprojekte, Sozial- und Rechtsberater sowie Mobbing- und Arbeitsplatzkonfliktberater im Gläunerischen Arbeitslosenzentrum Krefeld-Meerbusch e.V., inzwischen Rentner



Von der Kritik an unserem Wirtschaftssystem. Vom Mythos¹ der Legende² unser Wirtschaftssystem schafft und sichert ein gutes Leben für alle.

Versprochen ist uns im Grundgesetz Art. 20 Abs. 1: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Hier wird ein weiterer Mythos gepflegt.

Grundrechte werden nicht akzeptiert.

Aus den mtl. Verlautbarungen über das Wachstum der Wirtschaft sowie den Arbeitslosen-

zahlen wird deutlich, dass unser Wirtschaftssystem viele Verlierer „produziert“. Hier ist zu hinterfragen, dass auch der hohe Stand von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen bedingt ist durch prekäre Arbeitsverhältnissen, die man oft nicht Arbeitsverhältnissen nennen kann. Aus normalen Arbeitsverhältnissen werden immer mehr Zeit-, Frist- oder Minijobs, und daraus entsteht im-

mer öfter prekäre Beschäftigung: zu wenig Lohn, keine soziale Absicherung, Zukunft ungewiss, Zugehörigkeit Fehlzanzeige. Als Beispiel zu nennen sind „Flaschenpost“³, und die „Foodjobs“ Systeme. Dazu gehören auch Firmen, die das demokratische Grundrecht der Koalitionsfreiheit, Art 9 Abs. 3 GG nicht akzeptieren wollen, so auch in Krefeld wurden Wahlen zum Betriebsrat nicht akzeptiert. Das bedeutet: Die Demokratie endet vor dem Werkstor.

Verlierer und die Manipulation der Statistik.

Neben den hohen Zahlen der Beschäftigungsverhältnisse in der BA - Beschäftigungsstatistik werden die „geringen Arbeitslosenzahlen“ als Erfolg dargestellt. Die Verfechter des Wirtschaftssystems feiern ihre Erfolge an der Börse, wovon der Arbeitnehmer in der Regel nicht viel hat. Wenn eine Aktiengesellschaft ankündigt Personal abzubauen, steigt der Kurs an der Börse und die „Börsen“ der Beschäftigten werden dann kleiner oder sie werden dem Arbeitsmarkt zur „Verfügung“ (frei) gestellt.

Bei den Veröffentlichungen der Arbeitslosenzahlen werden oft die s.g. Unterbeschäftigten „unterschlagen“. Wobei der Begriff „Unterbe-

schäftigter“ diskriminierend ist. In der Unterbeschäftigung werden zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch die Personen erfasst, die nicht als arbeitslos im Sinne des Sozialgesetzbuches (SGB) gelten, weil sie Teilnehmer an einer Maßnahme der Arbeitsförderung oder kurzfristig erkrankt sind.

Ein Zahlenbeispiel: Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und gemeldetes Stellenangebot - Februar 2020 für Deutschland⁴:

Arbeitslosigkeit:	2.396.000 (Quote: 5,3%)
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit):	3.337.000 (Quote: 7,2%)
Gemeldetes Arbeitsstellenangebot:	690.000
Auf eine Stelle kommen 4,8 Stellenbewerber	

Hier versagt das derzeitige Wirtschaftssystem. Gleiche Lebensverhältnisse gelten nicht für alle.

Fragestellungen:

Haben wir uns an die Ausgrenzung der Menschen gewöhnt? Sind uns ihre Lebenslagen gleichgültig? Wie kann das Sozialstaatsgebot im GG umgesetzt werden? Wer sind die gesellschaftlichen Gruppen, die dies verhindern? Das derzeitige Wirtschaftssystem steht in Frage!

**Arbeitslosigkeit ist kein Schicksal, sie ist gemacht.
Und deshalb kann ihr auch ein Ende gemacht werden.**

Norbert Blüm

Arbeit gibt es genug, unabhängig von einem Wirtschaftssystem. Erwerbsarbeit gibt es jedoch weniger, auch wenn zurzeit die Beschäftigtenzahl einen Höchststand erreicht hat. Erwerbsarbeit wird im Normalfall entlohnt, alle anderen Formen der Arbeit schlecht entlohnt (außer vielleicht der Schwarzarbeit) oder gar nicht. Die einen arbeiten sich kaputt und die anderen werden durch die Arbeitslosigkeit zermüht.

Ordnungsprinzip:

Das derzeitige Marktwirtschaftliche Ordnungsprinzip (Kapitalismus) sorgt für viele zu ungleichen existenziellen Belastungen. Insbesondere für Arbeitslose, mit den bekannten Folgen der gesellschaftlichen Ausgrenzung. Im Grundgesetz ist eine Wirtschaftsordnung nicht festgelegt. Ein Grundkonsens wurde erzielt: „bewusst sozial gesteuerte Marktwirtschaft“ (Müller-Armack). Auch dieses Prinzip funktioniert nicht für alle.

Für die Gestaltung einer Ordnung (statt Kapitalismus) sind folgende Elemente unverzichtbar und von Bedeutung:

- solidarisches Verhalten als Voraussetzung von Wertebindung, Vertrauen und Zuverlässigkeit,
- Rücksichtnahme auf die ökologischen Systeme und deren Zeitrhythmen,

■ Erweiterung des Arbeitsbegriffes hin zu einer Tätigkeitsgesellschaft,

■ Einführung einer Produktivsteuer,

■ eine Ordnung um Produktivgewinne effektiv und gerecht, in Zeit und Lohn, zu verteilen,

■ eine regionale und soziale Raumordnung um elementare soziale Risiken zu mindern und die für einen sozialen Ausgleich sorgt.

Alle Ordnungsregelungen müssen sich daran messen lassen, ob sie auch der nächsten Generationen eine intakte lebenswerte Zukunft ermöglichen. Es braucht ein breites Bewusstsein in Politik und Öffentlichkeit, dass Arbeitslosigkeit nicht zufällig entsteht, sondern durch gezieltes Setzen von betrieblichen Rahmenbedingungen (Renditeziele) erzeugt wird.

11.03.2020 Werner Fleuren

¹ Mythos: Erzählung, sagenhafte Geschichte, Mär.

² Legende: eine kurze religiöse Erzählung

³ Rheinische Post vom 24.12.2019

⁴ <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Definitionen/Arbeitslosigkeit-Unterbeschaeftigung/Unterbeschaeftigung-Nav.html>

Die Situation in Krefeld



Arbeitslosigkeit in Krefeld

In der Stadt Krefeld lag die Arbeitslosigkeit im Januar 2020 bei 10,2 Prozent, im Kreisgebiet Viersen nur bei 5,2 Prozent. In Krefeld ist die Höhe der Arbeitslosigkeit mit der in manchen Ruhrgebietsstädten vergleichbar. Von 12.445 offiziell registrierten Arbeitslosen waren 5.825 Langzeitarbeitslose, also 47,6 Prozent. Bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ist Deutschland chronisch erfolglos, was auch von der OECD immer wieder bemängelt wird. Nur 2.310 gemeldete Stellen wurden von der Agentur für Arbeit für Krefeld angezeigt. 19.927 Krefelder*innen waren arbeitssuchend gemeldet.

Die tatsächliche Arbeitslosigkeit ist natürlich höher, da die sogenannte Unterbeschäftigung hinzukommt. Darin erfasst werden Menschen, die an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen, am Tag der Erfassung Krankgeschriebene und über 58-Jährige, die innerhalb der letzten 12 Monate kein Jobangebot erhielten. Die Unterbeschäftigung wird in der monatlichen Statistik leider für die Stadt Krefeld nicht getrennt ausgewiesen. Im Agenturbezirk Krefeld, also mit dem Kreisgebiet Viersen, lag die Unterbeschäftigungsquote im Januar 2020 mit 9,5 Prozent um 2,1 Prozent höher als die Arbeitslosenquote von 7,4 Prozent. Für No-

vember 2019 wurde die Unterbeschäftigungsquote mit 12,6 Prozent angegeben.

9.168 Arbeitslose, also 75 Prozent der registrierten Arbeitslosen, bezogen Arbeitslosengeld II (ALG II) nach dem SGB II bzw. Hartz IV. Nur eine Minderheit schafft den Ausstieg aus Hartz IV und eine Rückkehr ins normale Berufsleben. Jeden Monat schaffen es lediglich knapp zwei Prozent der 1,16 Millionen erwerbsfähigen Hartz IV-Bezieher in NRW, einen sozialversicherungspflichtigen Job zu bekommen. Die Hälfte kann davon nicht leben und muss weiterhin mit Hartz IV aufstocken.

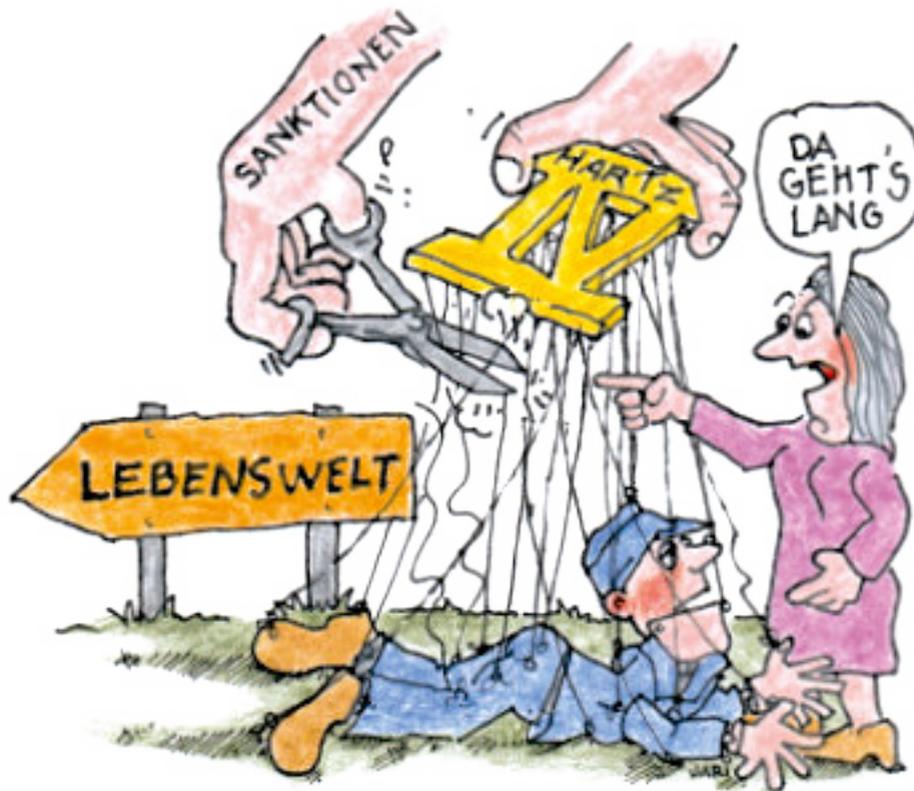
Besonders in Krefeld fällt auf, so die WZ vom 31.1.20, dass das Arbeitslosenniveau bei der Gruppe 50plus höher liegt als noch vor sieben Jahren, während die Gesamtquote gesunken ist. Für ältere Arbeitslose bedeutet die Erhöhung des Renteneinstiegsalters lediglich eine weitere Einkommensminderung.

Lothar Wilhelms

Alle Angaben aus Statistik und Pressemitteilungen Agentur für Arbeit, Lokalpresse, Arbeitsmarktreport der Freien Wohlfahrtspflege NRW.



Frank Jäger ist Mitarbeiter im Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles e.V. in Wuppertal. Dort ist er im Vorstand und als Sozialberater tätig und vertritt den Verein in diversen Gremien und sozialpolitischen Bündnissen. Außerdem arbeitet er als Referent für Sozialrecht und bietet bundesweit Fortbildungen zu dem Themen HARTZ IV und Sozialhilfe an.



Ich halte den Begriff „soziale Gerechtigkeit“ für ungenau, weil jede/jeder, je nach Interessenlage, etwas anderes darunter verstehen kann und es keinen absoluten Maßstab dafür gibt. Deshalb ist es umso wichtiger, Mindeststandards für soziale Sicherung öffentlich zu debattieren und Forderungen an die Politik zu stellen.

Soziale Gerechtigkeit hat meines Erachtens im Bereich der staatlichen Existenzsicherung – und dazu zählen die Grundsicherung für Arbeitssuchende (HARTZ IV) sowie das Dritte und Vierte Kapitel der Sozialhilfe – mit einer finanziellen Ausstattung zu tun, die es ermöglicht, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Die HARTZ IV-Regelsätze sollen hierzu neben den Leistungen für „angemessene“ Wohnkosten eine existenzsichernde Grundlage schaffen. Regelsätze sind das staatlich definierte soziokulturelle Existenzminimum, das nicht nur die materiellen Bedürfnisse abdecken, sondern auch ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen soll. Der Regelsatz alleinstehender/alleinerziehender Erwachsener beträgt 432 Euro im Monat (2020).

Wer allerdings längere Zeit mit diesen Beträgen (über)leben soll, entfernt sich oft immer weiter von der Lebenswelt der Gesellschaft. Die Regelsätze wurden vom Staat kleingerechnet und sind so niedrig bemessen, dass sie in den meisten Fällen nicht reichen, um die laufenden Grundbedürfnisse zu befriedigen, Rücklagen für Gebrauchsgüter zu bilden (z.B. für den Ersatz der defekten Waschmaschine) und zudem noch Geld für soziale und kulturelle Dinge Geld übrig zu haben. Und die meisten, die längere Zeit davon leben müssen, spüren, dass sie immer weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat auf derselben Datengrundlage wie die Bundesregierung den Regelsatz berechnet – allerdings ohne Abzüge und Trickereien. Er beziffert das soziokulturelle Existenzminimum derzeit auf einen Betrag von 582 Euro monatlich.

Dass die Gewährung eines menschenwürdigen Existenzminimums vom Grundgesetz geschützt ist, hat zuletzt das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) am 05.11.2019 in seinem viel beachteten Urteil zu den HARTZ IV-Sanktionen

"Davon lässt sich nicht würdig leben"

Heiner Geißler über die HARTZ IV-Neuregelung

reklamiert. Das Urteil, das in vielen Passagen durchaus kritisch gewertet werden muss, hat zumindest deutlich hervorgehoben, dass eine Kürzung des Existenzminimums von mehr als 30 Prozent des Regelsatzes aktuell nicht zulässig sei, weil dann eine menschenwürdige Existenz nicht mehr gewährleistet sei. Zudem fordert das BVerfG, das starre System der Sanktionen insgesamt zu flexibilisieren, damit auf Härtefälle und die Nachholung einer Mitwirkungspflicht individuell eingegangen werden kann. Auch wenn das BVerfG dem HARTZ IV-System mit der Begrenzung der Sanktionen auf 30 Prozent die schärfsten Zähne gezogen hat, stellt sich die Frage, warum das Existenzminimum, überhaupt gekürzt werden darf, wenn es das Minimum darstellt.

Regelsätze, die zum Leben nicht reichen und ein Bestrafungssystem, das auch weiterhin Kürzungen deutlich darunter zulässt. Soziale Gerechtigkeit sieht für mich anders aus. Zudem leistet sich unsere reiche Gesellschaft ein System der Armutsverwaltung, das Leistungsbe-rechtigte zur/zum Bittsteller*in macht und sie/ihn unter Generalverdacht stellt. Wer einmal einen Antrag auf HARTZ IV gestellt hat, kann ein Lied davon singen: Leistungen werde erst bewilligt, wenn alle Zweifel an der Hilfebedürftigkeit ausgeräumt sind und dafür der letzte Nachweis erbracht wurde. Auch in solchen Fällen wird das Existenzminimum vorent-

halten oder bei Zweifeln, ob die Bedürftigkeit besteht, darf es ohne Vorwarnung komplett gestrichen werden. Die Verwaltungspraxis der Jobcenter und Sozialämter ist keineswegs darauf ausgelegt, um in Notlagen Existenz zu sichern. Es ist darauf ausgelegt, armen Menschen Leistungen zu verweigern, sie zu verunsichern und ihnen die Menschenwürde zu rauben.

Neben einer armutsfesten Sozialleistung, die nicht gekürzt, verweigert oder sporadisch, z. B. wegen fehlender Mitwirkung, versagt werden darf, bedarf es daher einer Sozialverwaltung, die sich als „Existenzsicherungsbehörde“ begreift und den Nöten und Bedürfnissen der Menschen auf Augenhöhe begegnet: sie berät, anstatt sie abzuweisen, sie als Inhaber*in eines Rechtsanspruchs begreift, anstatt sie als Bittstellende zu behandeln und ihnen zeitnah Leistungen gewährt, anstatt sie am langen Arm verhungern zu lassen. Mithin müssen der Sozialstaat und seine Akteure auf allen Ebenen die Haltung gegenüber denjenigen verändern, die auf Unterstützung angewiesen sind. Es genügt eben nicht, Leistungsberechtigte als „Kunden*innen“ zu bezeichnen, um ihnen als Menschen zu begegnen

Frank Jäger, Tacheles.

Die Situation in Krefeld



HARTZ IV in Krefeld

Die Krefelder Arbeitslosenquote¹ von 10,2% (Januar 2020) liegt auf Ruhrgebietsniveau und spiegelt den Abstieg Krefelds von einer der reichsten Städte Deutschlands zur jetzigen Problemlage wieder. Deutlicher zeigt dies noch der Anteil der Arbeitslosen im SGB II-Bezug (HARTZ IV), denn die sind langfristig oder sogar dauerhaft arbeitslos. Von insgesamt 12.445 Arbeitslosen waren 9.168, also fast drei Viertel, in HARTZ IV. Direkt betroffen waren sogar viel mehr Menschen, in den sog. „Bedarfsgemeinschaften“ lebten 28.577 Personen, davon 7.438 Kinder und Jugendliche. Sie alle müssen in der von Frank Jäger oben beschriebenen Situation (über)leben. Die sehr ungleiche Verteilung dieser Leistungsempfänger über die Stadtbezirke zeigt, wie sehr auch in Krefeld Armut und Reichtum auseinander klaffen².

19.927 Arbeitssuchenden standen gerade mal 2.310 gemeldete (offene) Arbeitsstellen gegenüber. Wer will da ernsthaft behaupten, man könne durch „fördern und fordern“ genügend HARTZ IV-Empfänger zu einem Job ver-

helfen? Vom Jobcenter verhängte Sanktionen, von denen es z. B. im Juni 2019 in Krefeld ca. 380 gegeben haben soll³, können das auch nicht ändern, vergrößern die Not aber zusätzlich.

Besondere Erwähnung bedürfen noch die sog. „Aufstocker“. Also diejenigen, die mit ihrem Arbeitslohn nicht einmal das HARTZ IV Niveau erreichen, auf das sie deshalb vom Jobcenter „aufgestockt“ werden. Für März 2019 nennt die Caritas 5.109 Krefelder, von denen 585 Menschen sogar Vollzeit arbeiteten⁴. Es können also viele Menschen, die zwar eine Arbeit haben, von ihrem Lohn nicht leben.

Ulrich Knur

¹ BfA Arbeitsmarktreport, Krefeld, Stadt, Januar 2020

² Statistisches Jahrbuch Krefeld 2018

³ Welle Niederrhein, Mittwoch, 06.11.2019 16:35

⁴ Caritas Pressemitteilung vom 18.12.2019

Arbeitszeitverkürzung



Es ist doch ganz einfach. Wenn in einer Volkswirtschaft die Produktivität um 2 Prozent zulegt, dann kann der Lohnsatz um diese 2 Prozent steigen und gleichzeitig die Arbeitszeit um 2 Prozent gesenkt werden. Um somit Arbeitslose und Unterbeschäftigte in Arbeit zu bringen, und zwar zu gleichen Bedingungen, wie für die bereits Beschäftigten. Das heißt, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Dies ist im Befund lohnstückkosten- und verteilungsneutral. Die Preise bleiben ebenfalls konstant. Es gibt also keine inflatorischen Effekte. Und die Gewinne der Unternehmer steigen automatisch auch um 2 Prozent. Alle gewinnen und trotzdem hagelte es nach der Veröffentlichung des „Offenen Briefes zur 30-Stunden-Woche“¹ in der Tageszeitung (TAZ)

heftige interessenorientierte Polemik, wie u. a. „Mottenkiste“ (Unternehmerverbände) oder „die Gruft der 70er-Jahre öffnet sich“ (Prof. Michael Hüther). Auch wurden viele Phrasen gedroschen, wie, „das wäre das Todesurteil für die deutsche Industrie“ (Michael Fuchs (CDU) Unionsfraktionsvize im Bundestag). Nicht zu erwarten war dagegen zunächst die Zurückhaltung der Gewerkschaftsvorstände. Dann kam eine schroffe Ablehnung. Die Beschäftigten würden keine Arbeitszeitverkürzung wollen, sondern mehr Lohn. Hier wird dann nur eins deutlich, ein egoistisches Insiderverhalten. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich bedeutet in der Tat für

¹ Bontrup, H.-J., Massarrat, M., Offener Brief an die Vorstände der Gewerkschaften, Parteien, Sozial- und Umweltverbände und Kirchenleitungen in Deutschland vom 11. Februar 2013



Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup

Heinz-J. Bontrup, Dipl.-Ökonom, Dipl.-Betriebswirt, bis zur Emeritierung im Sommersemester 2019 ordentlicher Professor für Wirtschaftswissenschaft mit dem Schwerpunkt Arbeitsökonomie an der Westfälischen Hochschule, zurzeit Gastprofessor an der Universität Siegen mit einer Vorlesung zur Wirtschaftsdemokratie und Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Am 21. März 2018 wurde ihm vom Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz am Bande für seinen unermüdlichen wissenschaftlichen Einsatz gegen den neoliberalen Mainstream verliehen.

die Beschäftigten (Insider), dass sie keine Lohnerhöhungen erhalten; dafür aber für gleichen Lohn weniger arbeiten müssen und trotz dieses Vorteils nicht bereit sind Arbeitslosen (Outsidern) die Chance auf eine Beschäftigung zu eröffnen.

Das Verhalten der Beschäftigten zeugt zudem von einem nicht vorhandenen ökonomischen Wissen in einer kapitalistischen Ordnung. Dagegen haben die Sozialdemokraten und Gerhard Schröder den Kapitalismus verstanden. Wenn hier eine Ware im Überschuss vorhanden ist, dann sinkt der Preis. Leider macht dabei der Kapitalismus bei der Ware Arbeitskraft auf den Arbeitsmärkten keine Ausnahme. Und schon hatten Schröder und seine Genossen zur großen Freude der Kapitalisten die systemimmanente „Lösung“ parat. Sie schickten die Arbeitslosen in den Niedriglohnsektor und ins Prekariat, so dass heute ca. 10 Millionen abhängig Beschäftigte von Hungerlöhnen „leben“ müssen. Und die Beschäftigten, die, trotz harter Arbeit, nichts haben, werden sich alle in einer bitteren Altersarmut wiederfinden. Zynisch könnte man sagen, Schröder hat alles richtiggemacht. Die Arbeitslosenzahlen sind zurückgegangen und noch nie gab es in Deutschland so viele Erwerbstätige. Auch die

Kapitalisten sind hoch zufrieden. Alle die Arbeit haben, mucken nicht mehr auf. Viele zeigen sogar ein devotes Verhalten ihren Chefs gegenüber. Und alle können jetzt von einem Fachkräftemangel faseln und die Bundesregierung kann ausländische Arbeitskräfte anwerben, damit bloß nicht die Löhne wieder steigen. Da kommt es außerdem beim Wahlvolk gut an, wenn sich die Sozialdemokraten heute für eine Grundsicherung im Alter einsetzen können. Erst die Menschen in den Niedriglohnsektor und ins Prekariat schicken und dann zur Therapie eine Grundrente einführen. Mehr Volksverdummung geht nicht. Aber das Volk ist nicht dumm! Oder?

Kommt es in Kürze nicht zu einem radikalen Politikwechsel in Deutschland, dann ist das Schlimmste zu befürchten. Das Wichtigste in einer Volkswirtschaft ist, dass die Menschen Arbeit haben, mit der sie zumindest einigermaßen durchs Leben gehen können. Wenn die Gesellschaft das verweigert, kommt es zu schlimmsten kontraproduktiven Entwicklungen: Ökonomisch und politisch! Alle abhängig Beschäftigten müssen deshalb aus tiefem eigenen Interesse heraus ihren nur geringen ökonomischen Verstand zusammentragen und den Herrschaftseliten, den Klassengegnern im



„Die drei wirksamsten Methoden gegen die Arbeitslosigkeit sind:

1. Arbeitszeitverkürzung,
2. Arbeitszeitverkürzung,
3. Arbeitszeitverkürzung“

Prof. Heinz Bontrup
auf einem ver.di Seminar in Krefeld

Arbeitszeitverkürzung in Krefeld

Land, klarmachen, dass diese am Ende selbst auch alles, ihren erbeuteten Reichtum, riskieren, wenn nicht endlich die seit über 40 Jahren bestehende Massenarbeitslosigkeit in Deutschland, der Niedriglohnsektor und die Armut von über 12 Millionen Menschen beseitigt wird. Dazu ist eine radikale Arbeitszeitverkürzung, eine Verknappung auf den Arbeitsmärkten notwendig, damit der Preis für die Ware Arbeitskraft steigt und so nicht mehr umweltschädlicher „Gütermist“ produziert wird, den keiner braucht, und wir die Menschen, die diesen „Mist“ zu Hungerlöhnen in Zombieunternehmen herstellen, endlich von ihrem Leid erlösen können. Dass diese Ausbeutung von Mensch und Umwelt funktioniert zeigt uns aber auch die ganze Flexibilität der kapitalistischen Klassengesellschaft.

Die Kapitalisten und ihre Helfer in Politik, Wissenschaft und Medien sorgen zunächst einmal für eine gigantische Umverteilung zugunsten der Kapitaleinkünfte und in Folge entsteht daraus Arbeitslosigkeit. Dann sinken die Arbeitsentgelte und am Ende kommt es zu Armutslöhnen. Und selbst diese schöpfen die Kapitalisten natürlich noch ab. Das geht jedoch nur mit Ramschware, die für die längst gesellschaftlich ausgeschlossenen Schichten zu

Niedrigstkosten produziert und zu Niedrigstpreisen verkauft werden kann. Ohne Arbeitszeitverkürzung ist dieser Kreislauf nicht zu durchbrechen. Und ohne Umverteilung von den Reichen zu den Armen gibt es keine hinreichende finanzierbare Arbeitszeitverkürzung. Die Produktivitätsraten reichen nicht mehr. Die Kapitalisten wollen aber nichts hergeben. Im Gegenteil. Sie wollen weiter zu ihren Gunsten umverteilen und deshalb keine verkürzte Arbeitszeit, sondern permanent die Arbeitszeit verlängern. Setzen sich die Kapitalisten mit politischer, wissenschaftlicher und medialer Unterstützung weiter durch, dann wird Arbeitslosigkeit unser Begleiter bleiben und die Arbeitslosen werden ihr Minderwertigkeitsgefühl und ihre Scham ertragen müssen. Und die Gesellschaft? Sie wird Milliarden Euro an fiskalischen Kosten für die Arbeitslosigkeit zu bezahlen haben. Und die Beschäftigten? Sie werden weiter schlechte Arbeitsbedingungen, Burnouts und Erkrankungen ertragen müssen. Und Einkommenssteigerungen? Fehlanzeige!

Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup

Es gibt keinen Hinweis darauf, dass es in Krefeld bezüglich der Arbeitszeit anders läuft als in anderen Teilen der Republik. Und so muss man für den Bereich der tariflichen Arbeitszeitverkürzung, für den keine Krefelder Zahlen zu bekommen waren, mit den bundesweiten Zahlen operieren. Die IG Metall, die einen entsprechenden Tarifvertrag 2019 abgeschlossen hat, geht davon aus, dass für 2020 bundesweit 340.000 Arbeitnehmer 8 freie Tage anstatt einer Prämie von ca. 30% eines Monatsgehalts gewählt haben, 80.000 mehr als im Jahr zuvor. Das ist ungefähr jeder sechste IG Metalller. Die noch weiter gehende Reduzierung auf 28 Stunden pro Woche für zwei Jahre mit Lohnverzicht, die aber an einige Voraussetzungen geknüpft ist, haben etwa 5.000 Arbeitnehmer gewählt. Ähnliches hört man von der Deutschen Post, wo sich etwa jeder siebte für acht freie Tage statt einer drei prozentigen Gehaltserhöhung entschied¹. Man sieht, das Interesse der Beschäftigten an einer Arbeitszeitverkürzung ist da, wenn die Voraussetzungen stimmen: ein fester Arbeitsplatz mit ausreichendem, tariflich gesichertem Einkommen.

Damit sind wir dann bei der Kehrseite der Medaille, und für die gibt es durchaus Krefelder Zahlen. Wie die Gewerkschaft NGG unter Beru-

fung auf Zahlen der Arbeitsagentur berichtete², haben in Krefeld rund 7.400 Beschäftigte neben ihrer normalen Stelle noch einen zusätzlichen Minijob. Diese Zahl ist in den letzten zehn Jahren um 32 Prozent gestiegen, in Krefelder Hotels und Gaststätten gab es sogar 67 Prozent mehr Zweitjobber. Ein deutlicher Hinweis darauf, dass immer mehr Arbeitnehmer von ihrem normalen Gehalt nicht leben können und deshalb ihre Arbeitszeit zwangsläufig verlängern, mit einem zusätzlichen Minijob. Oft arbeiten sie dadurch am Limit.

Für Krefeld, das mit einer Arbeitslosenquote von mehr als 10 Prozent weit über dem Bundesdurchschnitt liegt, wäre eine faire Verteilung der vorhandenen Arbeit und der Einkommen dringend erforderlich. Aber es scheint, und da liegt Krefeld voll im Trend, eher in die andere Richtung zu laufen.

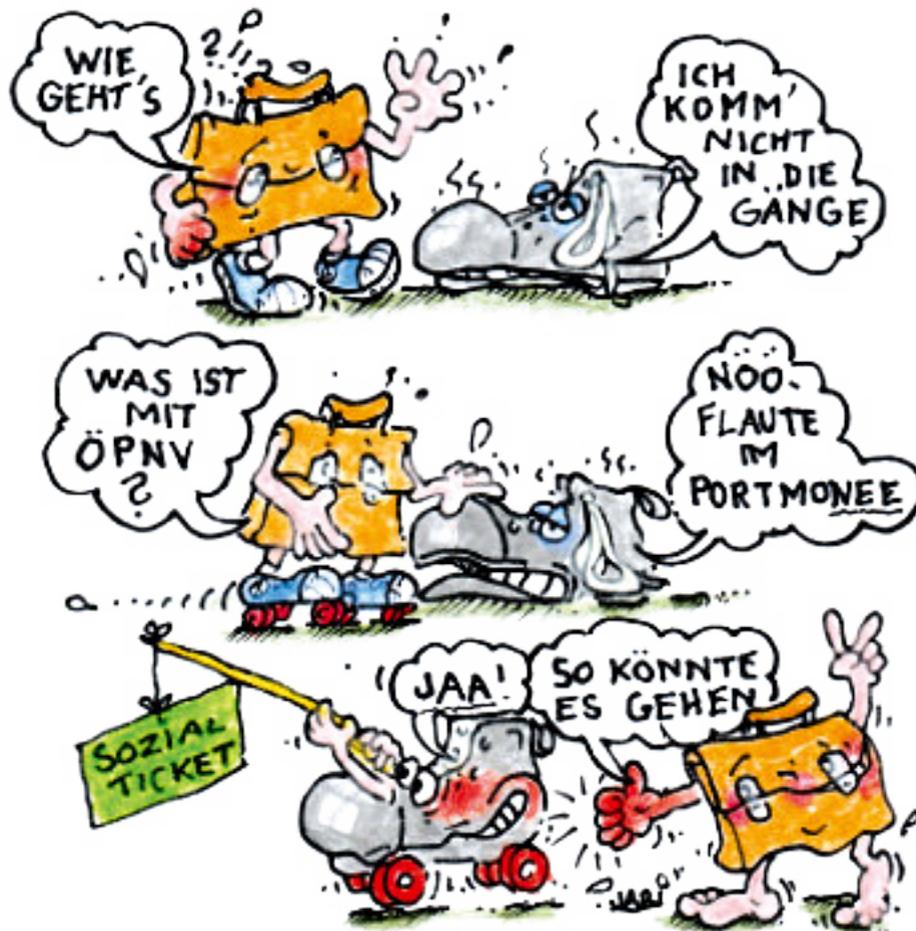
Ulrich Knur

¹ IG Metall Homepage und RP vom 29.2.2020

² RP vom 26.2.2020



Stadtplaner. Beschäftigt sich schon seit einer Reihe von Jahren mit Fragen der Mobilität unter Armutsbedingungen und mit Sozialticket-Modellen. Mitarbeit im Sozialforum Dortmund und im Bündnis Sozialticket NRW.



Viele können sich Fahrten mit Bus und Bahn nicht leisten

Sozialtarife sind immer nur die 2. Wahl. Eigentlich sollte man davon ausgehen, dass sich auch Menschen im Sozialleistungsbezug normale Tickets im ÖPNV leisten können. Schließlich wird vom Gesetzgeber behauptet, die gesetzlichen Leistungen deckten das physische und kulturelle Existenzminimum und schütze die Betroffenen vor Armut.

Leider reichen die Leistungssätze hinten und vorne nicht – und das nicht nur in der Summe, sondern auch bei so ziemlich allen Einzelpositionen, auch beim Verkehr. Mit 36 Euro (Bedarfsansatz in 2020), davon knapp 29€ für sog. fremde Verkehrsleistungen – also Bus und Bahn plus Reisen im Regional- und Fernverkehr –, kommt man bei den heutigen Fahrpreisen nicht weit. Während andere für 20 oder 30€ um die halbe Welt jetten (weil da der Staat kräftig subventioniert), reicht es für Leute im Sozialleistungsbe-

zug gerade mal für 5 Fahrten im Monat in die eigene City und zurück. Solange sich die Fahrpreise auf diesem Niveau bewegen bzw. der Regelsatzanteil nicht entsprechend angehoben wird, sind Sondertarife für sie schlicht unumgänglich.

Mobilität muss für alle möglich sein. Auch wenn die Vernetzung mittels moderner Medien weiter voranschreitet, kann und darf dies die persönliche Begegnung nicht ersetzen. **Räumliche Mobilität ist unabdingbare Voraussetzung für eine aktive Teilhabe** am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben. Die Notwendigkeit der Teilhabe ist auch durch langjährige Rechtsprechung zum BSHG und später zum SGB II anerkannt. Nur wie viel Geld dafür zur Verfügung stehen muss, dazu gibt es leider verschiedene Auffassungen.

Das, was jetzt als Sozialticket eingeführt werden soll, ist ein sozialpolitischer, verkehrspolitischer und betriebswirtschaftlicher Flop,

sagte der DGB-Vorsitzende der Region Ruhr Mark, Michael Hermund

Aus unserer Sicht muss unabhängig von Einkommen und Alter der Betroffenen zumindest die Beweglichkeit innerhalb der eigenen Region sichergestellt sein. Und zwar ohne tages- und jahreszeitliche Einschränkungen, und ohne Einschränkungen bezüglich der Fahrtenhäufigkeit.

Dank der Landesförderung werden mittlerweile in ganz NRW Sozialtickets angeboten. Werden diese ermäßigten Fahrscheine den genannten Anforderungen gerecht? Leider nein. Nicht nur, dass sie sich von Ort zu Ort in den Konditionen unterscheiden. Viel gravierender noch ist, dass sie selbst für diesen Kreis von Menschen noch zu teuer sind. Die meisten ermäßigten Monatskarten kosten um die 40 Euro, auch hier in Krefeld, also bereits im Grundpreis 10 Euro mehr, als der Regelsatz vorsieht. Und da ist noch keine einzige Fahrt über die eigenen Stadtgrenzen hinaus inbegriffen. Denn nicht der im Regelsatz enthaltene Rahmen bestimmt den Preis dieser Tickets, sondern die innerbetriebliche Kalkulation des jeweiligen Verkehrsbetriebs bzw. Verbunds. Es kann nicht überraschen, dass die Nachfrage nach Sozialtickets etwa im VRR nach mehrfachen Preiserhöhungen seit einiger Zeit rückläufig ist. Die meisten dieser Angebote verdienen die Bezeichnung Sozialticket eigentlich gar nicht.

Erwerbslosengruppen, Sozialverbände und Sozialexperten fordern daher eine deutliche Aufstockung der **Landesförderung**, solange der gesetzliche Regelsatz nicht angehoben wird. Anders kriegt man die Verkehrsverbände nicht dazu bewegt, die Preise der Sozialtickets weiter zu senken. Dass es auch im Jahr 2020 bei einem Zuschussrahmen von 40 Mio. € bleiben soll, Anträge auf eine Aufstockung im Rahmen der Haushaltsberatungen kürzlich abgelehnt wurden, ist vor diesem Hintergrund mehr als ärgerlich.

Aber auch Städte und Gemeinden könnten aus eigenen Mitteln etwas dazutun – Köln und Bonn im benachbarten Verkehrsverbund VRS machen es vor. Man muss es nur wollen.

Der Zugang zu umweltschonender Mobilität zu fairen Konditionen sollte für alle Menschen in unserer Region eine Selbstverständlichkeit sein. Auch für solche mit knappem Portemonnaie.

Heiko Holtgrave

Die Situation in Krefeld



Das Sozialticket in Krefeld

In 2020 kostet das Sozialticket bei den SWK Stadtwerken Krefeld 39,35 €. Dies entspricht der Empfehlung des VRR, eine weitergehende Subventionierung gibt es in Krefeld also nicht. Für das Sozialticket reicht der HARTZ IV-Regelsatz von knapp 29 € nicht, die fehlenden 10 € müssten aus anderen Bereichen (z. B. Nahrung, Kleidung, Energie) quersubventioniert werden. Und so geht der Absatz von Sozialtickets auch in Krefeld immer mehr zurück, von 34.950 in 2017 über 32.129 in 2018 zu 30.460 in 2019. Nach Datenlage im VRR gab es 2018 nur noch 11,6% Nutzer, in Krefeld sogar nur 8%, nämlich 3.200 von 40.000 Berechtigten.

Wie oben von Heiko Holtgrave gezeigt, reicht der HARTZ IV-Regelsatz für gerade mal für 5 normale Fahrten im Monat in die eigene City und zurück. Dass die SWK-Homepage das Sozialticket unter den „Tickets für Vielfahrer“ aufführt, scheint daher nicht unbedingt passend.

Krefeld ist eine von elf größeren Städten bzw. Großstädten im VRR, in denen es zwei Waben gibt. Man kann von den SWK einen Geltungsbereich in den Berechtigtenausweis eintragen lassen, der den Regelungen des Zwei-Waben-Tarifs der Preisstufe A entspricht.

Wegen der Coronapandemie bietet der VRR seinen Kunden eine einfache Kulanzregelung an: Trägerkarten von YoungTicketPLUS und SozialTickets, die am 31. Mai 2020 ablaufen (Nachweis) werden zunächst bis zum 30.06.2020 akzeptiert.

Ulrich Knur

Quellen: SWK, SWK-Homepage, VRR, Bündnis Sozialticket NRW

Kulturelle Teilhabe



Michael Grosse, Theater KR-MG

Mit Beginn der Spielzeit 2010/11 übernahm Michael Grosse die Generalintendanz des Theaters Krefeld und Mönchengladbach. Zuvor war er 1991-1996 Intendant des Deutsch-Sorbischen Volkstheaters Bautzen, 1996-2000 Generalintendant des Theaters Altenburg-Gera und 2000-2010 Generalintendant des Schleswig-Holsteinischen Landestheaters.

Michael Grosse 1961 wurde als Sohn der Schauspielerin Annemarie Hermann und des Schauspielers Herwart Grosse in Berlin (Ost) geboren.

Er studierte an der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ in Berlin, war Oberspielleiter in Eisenach und Zwickau sowie freiberuflich als Regisseur und Schauspieler tätig. Seine künstlerische Visitenkarte sind in erster Linie verschiedene Soloabende wie „Ein Hochstapler“ erzählt nach Thomas Mann, Deutschland, „Ein Wintermärchen“ von Heinrich Heine oder der Balladenabend „Die Macht des Gesanges“.

Foto © Matthias Stutte



Ein wesentlicher Baustein zu sozialer Gerechtigkeit

Unstrittig dürfte es sein, dass kulturelle Teilhabe aller Bevölkerungsschichten auf den richtigen Weg zu sozialer Gerechtigkeit führt.

Kulturelles Leben ist soziales Leben, ist Interaktion und Erlebnisspeicher zugleich.

Lange hat es gedauert, bis ein gesellschaftlicher Konsens (zumindest im Geiste und in der Absicht) darüber entstand, dass Kultur ein Lebensmittel ist und dass es gerade für heran-

wachsende Generationen zur Sensibilisierung, zur Erlernung sozialen Verhaltens und zur Entwicklung sozialkompetenten Verhaltens unerlässlich ist, am kulturellen Leben aktiv teilzuhaben.

Kultur- und Bildungseinrichtungen müssen sich also immer wieder Gedanken über Formate machen, die niederschwellig, aber substantiell hochwertig sind und zwanglos einladen, Kultur zu konsumieren oder sie selber mitzuge-

Kulturelle Teilhabe stärkt das Zusammenleben und den Zusammenhalt in einer vielfältigen und individualisierten Gesellschaft. Deshalb sollen alle Menschen Zugang zum Kulturleben und zum kulturellen Erbe haben

aus „Kulturelle Teilhabe Ein Handbuch“

Herausgegeben vom nationalen Kulturdialog, Schweiz 2019

stalten, wobei hier dem kollektiven Erlebnis im Entstehen und Rezipieren ein besonderer Stellenwert zukommt.

Die Träger dieser Einrichtungen müssen für die notwendigen strukturell finanziellen Voraussetzungen sorgen, damit die Formate kultureller Bildung und Teilhabe verstetigt und nachhaltig wirken, immer wieder neu belebt, neu hinterfragt werden.

Gelebte Vernetzungen zwischen den einzelnen Kultur- und Bildungseinrichtungen sorgt für eine Erweiterung der Horizonte kultureller Arbeit – einerseits für die Macher selbst, aber auch für die Nutzer.

Gerade in den Zeiten sich polemisch zuspitzender Auseinandersetzungen zu Fragen der subjektiven Identitäten, zum Wechselspiel von Fremdem und Vertrautem wird der sensibel sozialkompetente Zugang zu existenziellen Fragestellungen dringend benötigt. Zu erlernen und zu schulen ist dieser immer wieder in den Angeboten zu kultureller Teilhabe, im Betrachten und Erleben humanen und ethisch verantwortungsvollem Agieren, in einer didaktikfreien Vorbildschulung.

Michael Grosse
Krefeld, den 02.09.2019

Die Situation in Krefeld



Kulturelle Teilhabe in Krefeld

Die kulturellen Einrichtungen der **Stadt Krefeld** aufzuzählen, würde diesen Rahmen sprengen, als Beispiele seien das **Theater KR/MG**, das **Kaiser Wilhelm Museum** oder die **Mediathek** genannt.

Die Stadt bietet einer Reihe von benachteiligten Gruppen, wie z. B. SGB II und XII Leistungsempfängern, ermäßigten Eintritt für städtische Einrichtungen.

Der **Krefeld-Pass** berechtigt - auch den mit in Haushaltsgemeinschaft lebenden Angehörigen -, die kulturellen und sportlichen Einrichtungen der Stadt Krefeld für ein ermäßigtes Entgelt zu besuchen. Eine Reihe **Kulturinstitute** und **Sporteinrichtungen** räumen eine 50 prozentige Ermäßigung auf den regulären Einzeltarif bei Vorlage des Krefeld-Passes ein.

Der **Krefelder Zoo** gewährt ebenfalls Ermäßigungen auf den regulären Eintrittspreis.

In den **Museen** und auch bei den **Veranstaltungen des Kulturbüros** gibt es ermäßigten

Eintritt für Leistungsempfänger nach SGB II und XII.

Das **Theater KR/MG** gewährt gegen Vorlage eines entsprechenden Ausweises Ermäßigungen. Begleitpersonen von Menschen, die auf fremde Hilfe angewiesen sind, haben freien Eintritt.

Die **Musikschule** und die **Mediothek** gewähren keine ausgewiesenen Ermäßigungen für Inhaber des Krefeld-Passes. Hier sind andere Ermäßigungen im Rahmen der jeweiligen Entgeltordnung möglich.

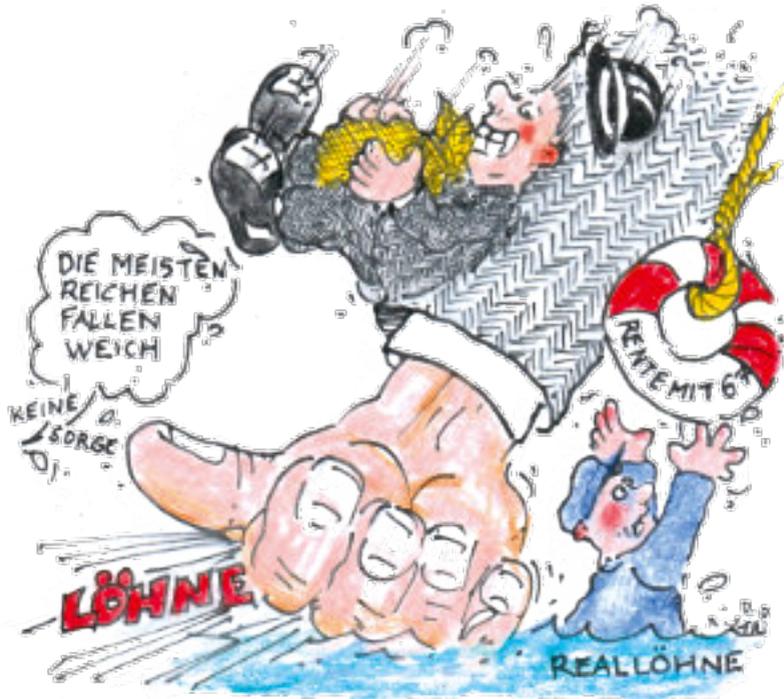
Ab 1.1.2020 haben alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren freien Eintritt in die **städtischen Museen** und müssen für die **Mediothek** keinen Jahresbeitrag mehr bezahlen.

Die **Kulturtafel** vergibt kostenlose Eintrittskarten für kulturelle Veranstaltungen.

Ulrich Knur

Quelle: Kulturbüro, Theaterkasse sowie die Homepages der Einrichtungen; dort finden sich auch die genauen Bestimmungen.

Rente



Soziale Gerechtigkeit und das Einstehen für ein „Gutes Leben“

In den letzten Jahrzehnten ist das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft den sozialen Ausgleich, sprich die Soziale Gerechtigkeit als konstitutioneller Bestandteil unserer Wirtschaftsordnung zu beachten, durch verschiedene Reformen in der Sozialpolitik und durch

das einseitige Fixieren auf die Wettbewerbsfähigkeit unterlaufen worden. Normen, die aus der katholischen Soziallehre stammen, wie die Solidarität und Subsidiarität wurden neu definiert, um dem neoliberalistischen Gedankengut immer weniger Steine in den



Ralf Welter (Dipl.-Kfm.)

Studium der Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre an der RWTH Aachen. Lehrbeauftragter für Volkswirtschaftslehre an der FH Aachen. Als Dozent tätig an der Bank- sowie Versicherungsakademie (ebenfalls in den Prüfungsausschüssen an der IHK). Seit 1997 ehrenamtlich tätig in der KAB, Diözesanvorsitzender bis 2018. Mitglied des Netzwerks Grundeinkommen. Gründer und Vorstandsmitglied der Regionalen Resilienz Aachen e.V. seit 2018

Weg zu legen. Das beste Beispiel ist hier die sog. „Hartz-Kommission“ (eigentlich Bertelsmann-Stiftung) welche durch den Slogan „Fördern und Fordern“ flächendeckend zu einem Absenken des Lohnniveaus geführt hat. Dadurch hat die Soziale Ungleichheit Höhen erreicht, die vor 20 Jahren als undenkbar abqualifiziert wurden. Die Folge ist ein Niedriglohnsektor in Höhe von 24% aller Arbeitnehmer gleichauf wie in den USA. Aber es sind nicht nur ökonomische Verwerfungen spürbar, auch die politische Auseinandersetzung in der Folge zeigt uns, das wir heutzutage wieder von abgehängten Klassen reden und eine politische Radikalisierung in der Bevölkerung immer stärker wahrgenommen wird. Es ist kaum einem Arbeitnehmer zu erklären, dass Vorstandsmitglieder von Großunternehmen das 380-fache eines normalen Arbeitsverdienstes als Einkommen erhalten und dies mit einer höheren Produktivität erklärt wird.

Die KAB Aachen hat als Logo „Neues Sozial denken“, dies ist heute aktueller denn je, denn die Bevölkerung will, wie eine große Umfrage mit 2.500 Fragebögen unter dem Motto „Arbeit kann ganz schön schön sein“ ergeben hat,

Reformen anstreben, die auch nicht vor einer Umverteilung zurückschrecken um allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe zu sichern. Die Steuerpolitik ist ein beredtes Beispiel dafür, wie sehr die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit nicht mehr funktioniert. Denn die 10% einkommensstärksten Menschen bezahlen zwar mehr als die Hälfte der gesamten Einkommensteuern; setzt man aber diese Steuerlast ins Verhältnis zu ihrem Einkommen, so bezahlen diese durch verschiedenste Steuervermeidungstechniken weniger als die Gruppe der 10% zweitreichsten Steuerzahler. Dies verstößt gegen das Progressionsgebot, indem die Steuerlast höher werden soll, je höher das Einkommen ist. Beim Vermögen ist dies noch gravierender, da dort die 10% reichsten ca. 67% des gesamten Vermögens besitzen.

Die notwendige Folge muss eine Vermögensbesteuerung oder -abgabe sein, vielleicht vergleichbar mit dem Lastenausgleichsgesetz aus den fünfziger Jahren, um eine höhere Gleichheit zu erzeugen. Denn diese zunehmende Spaltung und damit einhergehend zunehmende Verarmung schädigt die Zukunftsfähigkeit

des Landes in vielen Aspekten, so dass ein gutes Leben als Zielvorstellung kaum realisierbar ist. Im folgenden werden verschiedene Gründe (nicht vollständig) hierfür genannt:

1 Chancen- und Bildungsgerechtigkeit: Noch nie in der Nachkriegsgeschichte hing der Bildungsweg so stark vom Familienhaus ab, wie heutzutage. Nur noch 8% der Arbeiterkinder finden den Weg zum Studium, in den achtziger Jahren waren dies 22%. Da die zukünftige Arbeitsgesellschaft flexibler wird und durch die Digitalisierung hohe fachliche Kompetenzen vonnöten sind, dürfen die Fähigkeiten der Kinder nicht brachliegen. Insbesondere ist es ein Skandal dass zwischen 8 bis 12% der Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen. Und dies korreliert sehr stark mit Kinder- bzw. Elternarmut. Wie es uns andere Länder vormachen, ist es ein wichtiger Indikator für die Umsetzung der Sozialen Gerechtigkeit jegliche Sachleistungen für Kinder, Azubis und Studierende preisfrei zu stellen, anstatt mit monetären Transferleistungen zu arbeiten.

2 Leistungsgerechtigkeit: Bei der KAB-Umfrage 2011-2013 wurde gerade dieses Prinzip als elementar für die Bejahung der Sozialen Gerechtigkeit empfunden. Das sich Deutschland den zweithöchsten Niedriglohnsek-

tor weltweit leistet, gerade im zukunftsträchtigen Dienstleistungsbereich, ist unentschuldig. Mindestlöhne können helfen, aber eine breite Tarifgebundenheit der Unternehmen wäre einer sozialen Marktwirtschaft angemessener. Zwischen 2002 und 2012 sind real die Löhne in Deutschland, als einziges Land auf der Welt, gesunken. Im gleichen Zeitraum sind die Löhne in Norwegen um 35% gestiegen. Dies führte nicht nur zu Wohlstandsverlusten bei Millionen von Familien, sondern später zu einer massiven Altersarmut. Dies führt zu Punkt 3.

3 Generationen- bzw. Altersgerechtigkeit: Wir gehen mit Riesenschritten in die Jahre hinein, in welchen die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen. Diese Personen haben Zeiten der Massenarbeitslosigkeit in den achtziger Jahren und eine zunehmende Deregulierung in den neunziger Jahren und den Aufbau eines umfassenden Niedriglohnsektors seit dem neuen Jahrtausend erlebt. Dass Deutschland mit ihrer rein nach dem Äquivalenzprinzip berechneten Rente Niedrigrenten produziert ist kein Wunder. Durch diese Berechnung liegt Deutschland in Europa an letzter Stelle bei der sogenannten Nettoersatzrate für geringfügig Verdienende. Ab 2035 werden ca. 40% der Neurentner in die Armut entlassen werden und damit das Gemeinwesen nachhaltig negativ beeinflussen. Um diese

zusätzliche Spaltung nicht eintreten zu lassen bietet es sich an, eine Grundrente, die den Namen verdient, einzuführen. Verschiedene Sozialverbände (KAB, Kolping, kfd usw.) sowie einige Parteien (Grüne, Linke und neuerdings die GroKo mit einer sog. Lebensleistungsrente) offerieren Rentenmodelle, in denen eine Grundrente (Sockel-, Solidar-, Basis, Volksrente) offeriert werden, um den Menschen, die sich durch einen flexiblen, deregulierten Arbeitsmarkt gekämpft haben, zumindest im Alter ohne Angst eine Teilhabe zu geben, ohne die Verwandten oder ihr Vermögen versilbern zu müssen. Gleichzeitig müssen in der Renten Anpassungsformel der sog. Nachhaltigkeits- und Riesterfaktor abgeschafft werden, damit alleine die Bruttolohnentwicklung zur Geltung kommt. Die Fixierung der Beitragsätze auf 20 bzw. 22%, weil sonst die Lohnnebenkosten zu stark ansteigen würden, muss als obsolet erklärt werden, da die Bruttolöhne im internationalen Vergleich nicht als zu hoch eingeschätzt werden. Letztendlich fordern die Sozialverbände die Einführung einer Bürgerversicherung, damit jegliche Einkunftsart berücksichtigt wird, verbunden mit einer Verdoppelung der Beitragsbemessungsgrenze. Damit würde ein 3-Säulen-Modell entwickelt: als Basis die Grundrente mit ca. 5,5% der gesamten Einkunftsarten, darauf folgend nach dem jetzigen System eine einkommensabhängige Rente und als 3. Säule eine Betriebsrente, für die besondere Förderungen bzw. Absicherungen vorgesehen werden müssen.

4 Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit: Der Klimawandel wird kommen und wir müssen schnellstens darauf reagieren, d.h. unsere Konsumgewohnheiten ändern. Dies ist aber nur dann realisierbar, wenn die Menschen diese Umwälzungen auch finanziell bewerkstelligen können, d.h. nur noch elektrische Maschinen mit der höchsten Energieeffizienzklasse anschaffen, regionale Produkte kaufen, den Preiswettbewerb aufgeben und nur langlebige und reparaturfähige Güter in Betracht ziehen.

Alle diese Bereiche hängen vom Einkommen und adäquate Teilhabe an öffentlichen Gütern ab, deren erzeugte Ungleichheit seit 30 Jahren nur durch umverteilungspolitische Eingriffe nivelliert werden kann, wozu ein Ausbau des Sozialstaates, genauso wie neue Instrumente, z.B. das Grundeinkommen, notwendig sind. Wenn dies nicht geschieht, ist der Begriff Soziale Gerechtigkeit nur eine Hülle und wird, wie Christoph Butterwegge in seinem neuen Buch getitelt hat, zu einer zerrissenen Republik führen. Wie soll damit ein „Gutes Leben“ entstehen? Wir benötigen wieder den Primat der Politik vor der Ökonomie!

Ralf Welter (FH Aachen)



Rente rauf! – So kann es klappen

Das Sozialbündnis Krefeld hat mit vielen anderen das Buch von Dagmar Hühne und Holger Balodis, „Rente rauf! - So kann es klappen“¹, vorfinanziert, um das Erscheinen zu ermöglichen.

Hier einige Fakten aus diesem Buch:

Im OECD-Vergleich landet Deutschland mit einer Bruttolohnersatzquote von kümmerlichen 38 Prozent auf einem hinteren Platz, weit abgeschlagen hinter Ländern wie den Niederlanden (97 Prozent), Dänemark (86 Prozent) oder Österreich (78 Prozent). [...] Dies liegt weit unter dem OECD-Durchschnitt von 53 Prozent

brutto. Auch die Nettolohnersatzquote liegt mit 50 Prozent weit unter dem OECD-Durchschnitt von 63 Prozent. [...] Nimmt man alle Rentenkürzungen der letzten 30 Jahre zusammen, so ergibt sich ein Ausmaß an Verschlechterungen, das schätzungsweise ein Volumen von 30 - 40 Prozent ausmachen dürfte. [...] Wir schätzen, dass von den heute 45 Millionen Erwerbstätigen rund 20 Millionen nur eine Rente beziehen werden, die maximal auf Grundsicherungsniveau liegt. [...] Was bevorsteht, ist eine Katastrophe auf Ansage [...] Daran wird der [...] endlich gefundene Kompromiss einer Grundrente wenig ändern.

¹ DVS-Verlag, 2020, ISBN 978-3-932246-98-2

Altersarmut in Krefeld – Rente reicht oft nicht

Niedrige Löhne führen in unserer Stadt besonders oft zu niedrigen Renten.

Laut Pestel-Institut hat in Krefeld sogar nach Vollzeitbeschäftigung jeder 4. weniger als 1.000 Euro monatliche Rente. Bei Absinken auf 43 Prozent des Einkommens 2030 könnten über 47.000 Krefelder in der Grundsicherung landen¹.

Die Zahl derer, die im Alter auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, weil die Rentenhöhe unter dem Krefelder Schwellenwert von

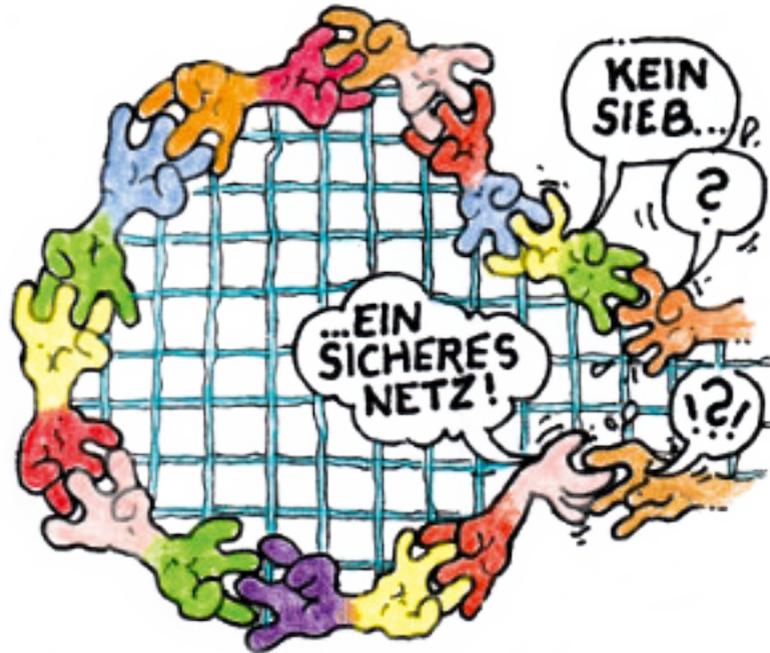
783 Euro im Monat liegt, ist in den vergangenen zehn Jahren drastisch um 43 Prozent gestiegen. 4.330 Personen in der Seidenstadt bekommen als Bezieher von Grundsicherung oder bei Erwerbsminderung sogenanntes „Alters-HARTZ IV“². Hinzu kommen viele Anspruchsberechtigte, die aus verschiedensten Gründen keine Ansprüche geltend machen.

Lothar Wilhelms

¹ WZ 5.12.18

² RP 3.1.20

Migration



Migration und soziale Gerechtigkeit

In der Diskussion über Migration in Westeuropa und Deutschland sind politische, soziale und kulturelle Argumente ineinander verschränkt.

Während der freie Warenaustausch, der freie Weltmarkt, politisches Paradigma in Europa ist, bekämpfen dieselben Akteure

energisch „freie Wanderungsbewegungen“ von Menschen. Höchstens die ökonomisch Brauchbaren, die ihr im Heimatland erworbenes Knowhow mitbringen, sind „erwünscht“. Und möglichst eben zu profitablen, also niedrigeren „Personalkosten“ als die „Einheimischen“.



Albert Koolen

Albert Koolen, Jhrg 1960, kath.Theologe und Priester, seit 33 Jahren in Krefeld. Ebenso lange für Geflüchtete und gegen Rassismus engagiert. Arbeitet seit 10 Jahren in einem Serviceunternehmen für Autovermietungen am Flughafen Düsseldorf. Hat gemeinsam mit Kollegen und Gewerkschaft im letzten Jahr die Wahl eines Betriebsrats erkämpft, dessen Vorsitzender er im Moment ist.

Stichworte zur Geschichte:

Bereits 10 Jahre nach der Niederschlagung des NS Faschismus wird Migration in Deutschland schon ein Thema. Ob die Erfahrungen mit den „Fremdarbeitern“ in der Kriegsindustrie während des Faschismus Pate standen?

Seit Mitte der 50er Jahre waren „Gastarbeiter“ aus den „Anwerbeländern“ vor allem in der Schwerindustrie, Bergbau und Stahl im Ruhrgebiet tätig. Die angeworbenen Menschen sollten nicht auf Dauer bleiben, sondern nur als „Arbeits-Gäste“.

Als Anfang der 70er Jahre wirtschaftliche Rezession begann und immer mehr eine Bleibeperspektive für Deutschland sahen, kam es 1973 zum „Anwerbestopp“ für Gastarbeiter.

Über viele Jahre war es dann politisches Ziel, möglichst viele Menschen wieder zur Rückkehr in die Heimatländer zu bewegen und zu erzwingen, z. B. bei Sozialhilfebezug. Sogar „Rückkehrprämien“ wurden Anfang der 80er Jahre gezahlt.

Die zweite Hälfte der 80er Jahre war von Worten wie „Asylantenstrom“ geprägt, der „massenhaften Flucht“ in die deutschen Sozialsysteme. Es war die Zeit illegaler Arbeitsverhältnisse von Geflüchtete. Viele Landwirte am Niederrhein könnten davon beredt erzählen.

Es gab keine gesetzlichen „Integrationsmaßnahmen“, aber die Entstehung von Ghetto-Vierteln in vielen Großstädten. Immobilienspekulanten vermieteten menschenunwürdige „Wohnungen“ für Unsummen. Dasselbe auch für Geflüchteten. Erstaunlich, für welche „Schrottimmobilien“ die Stadt Krefeld z. B. zum Ende der 80er Jahre Unsummen von Miete für Geflüchtete zahlte.

Nach dem „Asylkompromiss“ vom 26.05.1993 gab es keine legale Flucht nach Deutschland mehr. Damit wurde natürlich der Asylruck nicht beseitigt, aber mehr Menschen in die Illegalität und soziale Rechtlosigkeit gedrängt.

Der theoretisch vorgedachte „Clash of Civilizations“ von Samuel Huntington hatte sicher seinen Höhepunkt mit den Anschlägen auf das

New Yorker World Trade Center am 11.09.2001. Es begann eine militärische, politische und ideologische Auseinandersetzung mit dem (radikalen) Islam, der tiefgreifende Spuren im praktischen Alltagsbewusstsein der Westeuropäer und Deutschen hinterlassen hat.

Rassismus und Diskriminierung haben seither den Mantel: „Kampf den Islamisten und Hass-Predigern“. Wobei immer zu bedenken ist, dass „Hass-Prediger“ ein emotionaler, kein analytischer Begriff ist. Und spätestens seit Gründung der AfD gibt eine offen rechte und in weiten Teilen rassistische Partei in Deutschland, die seit Jahren die bürgerliche Politik vor sich her treibt.

Statistik:

Laut statistischem Bundesamt lebten 2018 in Deutschland 10,9 Mill Menschen ohne deutschen Pass. Bei knapp 83 Mill. in Deutschland Lebenden heißt das 12,5 % der Bevölkerung. Wobei die eingebürgerten „Neu-Deutschen“ natürlich nicht erfasst sind.

Es gibt lediglich Schätzungen, dass mindestens ein Viertel der Deutschen migrantische Wurzeln haben.

Von 2018 auf 2019 hat sich die Zahl der Migranten aus den südosteuropäischen EU-Ländern erheblich erhöht. Ebenso die Zahl der

arbeitsuchenden, also arbeitsberechtigten Geflüchteten. Zwar ist die Meldung als Arbeitsloser möglich, die Berechtigung zum Empfang von Transferleistungen (Arbeitslosengeld und SGB II Leistungen) wird aber erst nach einer bestimmten Zeit der Beschäftigung erworben. Dies gilt vor allem für die Einwanderer aus Südosteuropa. Nicht wenige leben daher in der ersten Zeit eine Schattenexistenz: Keine Arbeit, keine Transferleistungen. Dies gilt für die Städte des Ruhrgebiets ebenso wie für Krefeld.

Jetzt:

Bei der Wandlung von Produktions- in Dienstleistungsgesellschaft stehen hoch und höchst-bezahlte Jobs in der Wissensindustrie prekären Service-Jobs gegenüber. Und hier, z. B. Flughafen Düsseldorf mit ca. 28.000 Beschäftigten, sind in hohem Umfang Menschen migrantischer Herkunft beschäftigt.

In den Städten des Ruhrgebiets und z. B. Krefeld werden ehemalige Industrieproduktionsanlagen in zunehmendem Maß in Logistikzentren umgebaut. Industriearbeit durch Dienstleistungsjobs, vor allem im Logistikbereich ersetzt. Ehemalige Industriebrachen wie Duisburg-Rheinhausen oder Opel-Bochum sind Beispiele dafür. Hier sind oft Zeit- oder Leiharbeitsfirmen oder ihnen ähnliche Arbeitgeber tätig.

Der Lohn liegt nur geringfügig über dem gesetzlichen Mindestlohn von 9,19 € (ab dem 01.01.2020 9,35 €) brutto. Bei Normalarbeitszeit und oft fehlender Nachtschicht werden kaum mehr als 1.500,-€ brutto monatlich erreicht, was für Alleinstehende nur wenig mehr als 1.000,-€ netto bedeutet. Dementsprechend sind dort auch in Krefeld Menschen migrantischer Herkunft, oft auch Geflüchtete mit Arbeitserlaubnis, tätig.

Die Arbeiten sind oft körperlich schwer, nur selten können sie über mehrere Jahre durchgehalten werden.

Bei Geflüchteten, oft noch im Asylverfahren mit ungewissem Ausgang, werden mit oft prekären Arbeitsverhältnissen die Familien im Heimatland unterstützt. Außerdem besteht durch dauerhafte Arbeit eine gewisse Chance, auch ohne erfolgreiches Asylverfahren eine Bleibemöglichkeit zu bekommen. Wer fleißig ist und kein Aufsehen erregt, der darf vielleicht, vielleicht ... hier bleiben ...

Hinzu kommen spezielle Probleme z. B. der „neuen“ Migranten aus den Südosteuropäischen Ländern: Kehren sie nach einigen Monaten Deutschland für einen längeren Zeitraum in ihre Heimatländer zurück, werden bei erneuter Einreise horrenden Nachzahlungen der Krankenkassen eingefordert: Sie haben vergessen, sich bei der Rückkehr in ihre Heimatländer abzumelden ...

Eigene Erfahrungen:

Die Bereitstellung sauberer Fahrzeuge ist eine der prekären Servicearbeiten, die im Mietwagenzentrum, am Flughafen angeboten werden. Während und nach großen Messen wird im Akkord gewaschen, im Parkhaus hin- und hergefahren, nicht selten mehr als 2000 Fahrzeuge am Tag. Einzige Voraussetzung ist ein gültiger Führerschein. Dementsprechend schlecht bezahlt ist der Job. Und daher sind Kolleg*innen mit migrantischen Wurzeln die überwältigende Mehrheit. Ein beträchtlicher Teil der Kolleg*innen spricht außerdem kaum Deutsch. Sie kommen aus der Region: Duisburg, Krefeld, Düsseldorf, Mönchengladbach und dem Ruhrgebiet.

Nicht wenige nutzen die Firma als 450,- € Minijob, Student*innen, Rentner und wer am Flughafen bereits einen Hauptjob hat. Kaum eine Vollzeitarbeit am Flughafen reicht zur Sicherung des Lebensunterhaltes. Bei Familien hat ein Partner oft einen Vollzeit und Nebenjob, der andere muss aber auch arbeiten. Der hohe Anteil migrantischer Kolleg*innen legt nahe, dass der Dienstleistungssektor der Region kaum anders funktionieren würde.

Ausblick:

In der Debatte um „Zuwanderung“ wird mittlerweile der ökonomische Nutzwert für die



**"Flüchtlinge
sind keine Figuren auf
dem Schachbrett."
Papst Franziskus**

„deutsche Gesellschaft“ als politische Gemeinsamkeit der bürgerlichen Parteien angesehen.

Selbst im Asylrecht spielt dies schon seit den 80er Jahren eine wesentliche Rolle mit den zwei Aspekten, die immer auch in Krefeld nachweisbar sind: Zum einen wird immer wieder mit dem „Arbeitsverbot“ für Neu-Geflüchtete gesetzlich experimentiert.

Denen, die ihm in der Anfangszeit faktisch unterliegen, bleibt oft nur der Weg in die Schattenbeschäftigung, manchmal „legal“ für 450,- €, der Rest dann „auf die Hand“. Dabei wird natürlich jede Bindung an gesetzlichen Mindestlohn obsolet. Froh, überhaupt etwas zu bekommen, akzeptieren Geflüchtete (fast) jede, noch so tiefe Bezahlung.

Manchmal gibt's dann auch gar nichts. In Frankreich haben Streiks und Kämpfe dieser „Sans Papiers“ in den vergangenen Jahren häufiger sowohl zur Zahlung des gesetzlichen

Mindestlohns und auch zur Legalisierung des Aufenthalts geführt.

In der globalen Ökonomie ist offizielle, geduldete oder gesetzlich extrem erschwerte Migration ein willkommener und notwendiger Faktor vor allem im Dienstleistungssektor, gewinnbringend zu wirtschaften.

Manchmal gibt es dann überraschende Momente: So gelang uns im Jahr 2019 in der Firma gegen alle Widerstände und trotz sprachlichem Unvermögen vieler Kollegen einen Betriebsrat zu gründen. Ein kleines, aber gutes Beispiel, dass Migration einen solidarischen Kampf nicht behindert, sondern sogar beflügeln kann.

Albert Koolen,
November / Dezember 2019

Nachtrag: Leider ist die Firma in Folge der Corona-Krise komplett zusammen gebrochen, weil Berge von Altschulden nicht mehr abzutragen waren und solche Firmenkonstrukte oft als Spekulationsobjekte für Finanzjongleure benutzt werden.



Migranten und Flüchtlinge in Krefeld

2018 hatten von 233.957 Krefelder Einwohnern 35,9% eine Migrationsgeschichte, davon 52,4% die deutsche Staatsbürgerschaft. Die größte Gruppe ist türkischer Herkunft (16.256), gefolgt von Polen (14.882) und ehem. UdSSR (10.352). In den Innenstadtbezirken liegt der Bevölkerungsanteil mit Migrationsgeschichte meist über 50%.

Im November 2019 lebten in Krefeld ca. 3.500 Flüchtlinge, davon kamen 400 seit Anfang des Jahres. Es gab 1.223 offene Asylverfahren und 634 Menschen mit Duldung. In städtischen Unterkünften lebten 1.730 Geflüchtete. Bei der Arbeitsmarktintegration Geflüchteter lag Krefeld mit 19,7% über dem Landesdurchschnitt.

Krefeld hat eine lange Tradition in der Aufnahme von Migranten und Flüchtlingen, die in vergangenen Jahrhunderten wesentlich zum Reichtum der Stadt beitrugen. Auch heute, in Zeiten zunehmenden Rechtspopulismus und laufend verschärfter Asylgesetzgebung, ist das Zusammenleben friedlich und die ehrenamtliche Unterstützung für Menschen, die in Krefeld Schutz vor Krieg, Verfolgung und Diskriminierung suchen ist groß. Beispielfhaft wären zu

nennen der Flüchtlingsrat Krefeld, die Arbeitsgemeinschaft „Seebrücke – Krefeld ist/wird sicherer Hafen“ oder das „Cafe Sarah“ als Anlaufstelle für Geflüchtete mit vielfältigen Kommunikationsmöglichkeiten.

Hatte die Ausländerbehörde der Stadt über lange Zeit einen schlechten Ruf, so hat sich die Flucht- und Migrationspolitik der Stadt Krefeld in vielen Bereichen zu Gunsten der Betroffenen verbessert. Die gesetzlich vorgeschriebene Unterbringung der Geflüchteten muss jedoch insbesondere in den sog. Sammelunterkünften erheblich verbessert werden, dies wird sogar inzwischen von den dafür Verantwortlichen der Stadt eingeräumt. Krefeld ist nun auch Mitglied des Städtebündnisses „Sichere Häfen“ und damit bereit, aus Seenot gerettete Menschen zusätzlich zu den nach dem Königsteiner Schlüssel verteilten Geflüchteten aufzunehmen.

Ulrich Knur

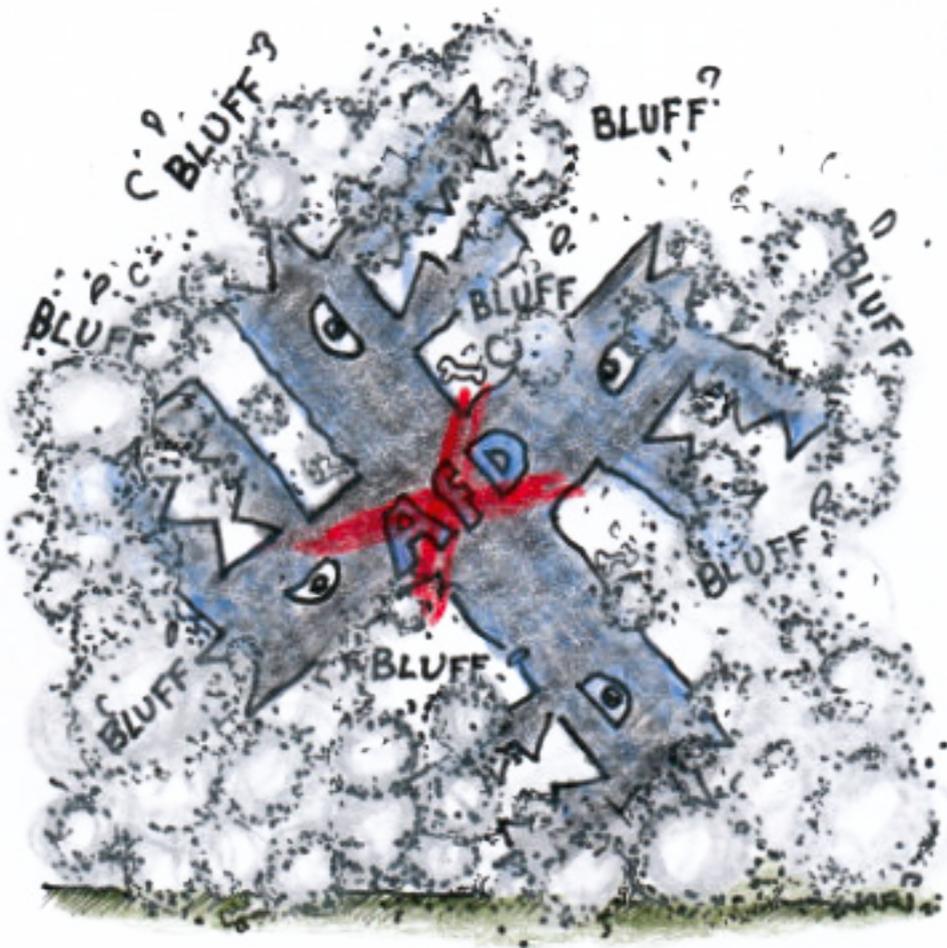
Quellen: Flüchtlingsrat, Flüchtlingskoordinator, Statistisches Jahrbuch Krefeld 2018, örtliche Presse

Rechtspopulismus



Richard Gebhardt

Der Politikwissenschaftler Richard Gebhardt arbeitet als Politischer Bildner und Publizist und lebt in Köln.



Eine „Partei der kleinen Leute“? Wie der Rechtspopulismus die soziale Frage verschleiert

Das Programm des Rechtspopulismus, dessen Vertreter sich als die „wahre“ Stimme des Volkes (lat. *populus*) inszenieren, wird gerne als „neoliberal“ bezeichnet, die Alternative für Deutschland (AfD) wurde (und wird) dabei mitunter als „Professorenpartei“ etikettiert. Laut Alexander Gauland – neben der ehemaligen Goldmann-Sachs-Angestellten Alice Weidel der Fraktionsführer der AfD im Deutschen Bundestag – soll die AfD lieber eine „Partei der kleinen Leute“ sein. Tatsächlich sind auf deren Wahlplakaten längst schon Losungen wie „Sozial, ohne rot zu werden“ zu lesen. Diese sozialpopulistischen Parolen sind vor allem im Osten der Republik, aber beispielsweise auch in Teilen des Ruhrgebiets erfolgreich. Keinesfalls jedoch darf, wie dieser kleine Text zeigen soll, der soziale Bluff der rechten Populisten für bare Münze genommen werden!

Feinbilder des Rechtspopulismus

Es klappt eine große Lücke zwischen der sozialpopulistischen Rhetorik und der politischen Realität. Immer wieder wurde und wird von der AfD ein angeblicher „Sozialparteitag“ angekündigt – und dann doch wieder verschoben. In Zukunftsfragen wie der Rente bietet die AfD gleich ein ganzes Potpourri widersprüchlicher Konzepte an. Und zu zentralen Themen wie Mitbestimmung, Mietpreise oder Tarifbindung findet sich bei der AfD, bei allem Popanz, so gut wie gar nichts oder eben das Gegenteil von dem, was als „sozial“ bezeichnet werden könnte. Der Rechtspopulismus bietet vor allem Feindbilder an, die eingängig sind: gegen das „Establishment“, gegen die „Altparteien“, die „Volksverräter“ und die „Lügenpresse“, gegen die „linksversifften Gutmenschen“ – und im-

"Was gegen den Rechtspopulismus getan werden muss, ist die Quellen der Wut, der Unzufriedenheit und der Verzweiflung der Menschen zu untersuchen, die sich ihm zuwenden."

Noam Chomsky

(US-amerikanischer Sprachwissenschaftler und linker Intellektueller)

mer auch gegen die Gewerkschaften. Rechtspopulisten kennen keine Klassen, sie deuten die soziale Ungleichheit als einen Widerspruch zwischen einem Innen – dem ethnisch homogen gedachten deutschen Volk – und einem Außen. Und dieses Außen, dieser Feind des deutschen „Volkes“, kann vielfältig bestimmt werden – mal sind es Geflüchtete, die eine Bedrohung darstellen, mal dienen die als „EUdSSR“ verspottete Europäische Union oder die multinationalen Konzerne, die durch ihre politischen Agenten in den Parlamenten angeblich ungehindert billige Arbeitskräfte ins Land strömen lassen, als Feindbilder. Gegen die Globalisierung wird gerade von Politikern wie Björn Höcke die Volksgemeinschaft beschworen, das politische Programm ist dabei eindeutig auf Spaltung, Ausgrenzung und Abschiebung ausgerichtet. Um den autoritär-rassistischen Kern populistischer Politik zu erkennen, bedarf es keiner Entlarvung. Denn Politiker wie Höcke sprechen, wenn sie auf ihre Ziele angesprochen werden, ganz ohne Umschweife von einem „großangelegten Remigrationsprojekt“, in dessen Rahmen sich „menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden“. Deutlich wird, dass die nicht nur gegen die vermeintlichen und tatsächlichen Eliten, sondern

vor allem gegen Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten gerichtete populistische Rhetorik keine humanitären Rücksichten nimmt.

Mogelpackung Mindestlohn – Der sozialpolitische Bluff der AfD

Die sozialpolitische Rhetorik der AfD ist dabei ein Bluff, der dafür sorgen soll, dass die versprochenen Wohltaten das „Volk“, in dessen Namen die AfD doch so laut und gerne spricht, an die Wahlurnen lockt. Dort können die Wählerinnen und Wähler ihre sozialen Wünsche beerdigen, denn am Ende erhalten vor allem die Vermögenden ihren Reichtum. Ein Beispiel für die angebliche Sozialpolitik der AfD ist die – in der Öffentlichkeit wenig bekannte – Mindestlohnforderung der Partei, die sich im Grundsatzprogramm von 2016 findet. Die AfD fordert hier die Beibehaltung eines lohnpolitischen Instruments, das parteiintern zuvor vehement abgelehnt wurde. Offenkundig mussten aber Konzessionen an die Wünsche der breiten Bevölkerung gemacht werden, damit die Partei nicht immer nur mit interessegeleiteten wirtschaftsliberalen Positionen oder wohlbestallten Professoren gleichgesetzt wird.

Der eigentliche Zweck des Mindestlohns besteht für die AfD darin, dass er die Beschäftigten „vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck“ schützen soll. Hier wird die zentrale Frontstellung der Partei deutlich: Die „Massenmigration“ wird für den Lohndruck verantwortlich gemacht – nicht genannt aber wird die staatlich kaum regulierte Politik jener Arbeitgeber, die ein Interesse an geringer Entlohnung haben, die zudem geltende Standards unterlaufen und etwa verstärkt osteuropäische Beschäftigte unter der Tarifgrenze auf Schlachthöfen oder im Transportwesen beschäftigen.

Dort, wo die Migration ins Spiel kommt, will die sonst der „freien“ Marktwirtschaft verpflichtete Partei regulieren. Der größte Bluff besteht aber darin: Der Forderung fehlt der Hinweis auf die konkrete Höhe des Mindestlohns! Die AfD vermeidet hier jedwede Festlegung und hat auch sonst nie eine präzise Forderung vorgelegt. Denkbar wäre also auch ein Mini-Mindestlohn von beispielsweise 4,11 €. Dabei ist doch der Mindestlohn jetzt schon zu niedrig, um eine wirklich armutsfeste Grundrente zu garantieren.

Privilegien für die Reichen und Vermögenden

Nationalliberale AfD-Politiker wie der Wirtschaftsprofessor Jörg Meuthen lehnen den Mindestlohn ohnehin eher ab. Meuthens Rentenkonzept setzt wiederum mit seiner Forderung nach einer Abkehr vom umlagefinanzierten System der gesetzlichen Rentenversicherung ganz klar auf private Vorsorge. Meuthen würde die Beschäftigten und Gering-

verdiener zwingen, mit ihrem ohnehin geringen Einkommen noch mehr Aktienlotto zu spielen. Die AfD-Oberer legen die Axt an den Sozialstaat – und der Gewinner wäre dabei die Finanzindustrie. So zeigt sich die AfD als Privilegienpartei, die in ihrem Grundsatzprogramm mit einer Forderung nach einer „Obergrenze für Steuern und Abgaben“ einem öffentlichen Kahlschlag Vorschub leistet. Gefordert wird eine „verbindliche Steuer- und Abgabengrenze im Grundgesetz“. Neue Steuern dürfe es nur im Rahmen dieser Obergrenze für Steuern und Abgaben geben. Ein Punkt ist hier besonders bezeichnend: Die AfD, die sonst lautstark nach Volksentscheiden ruft, will diese Steuer- und Abgabengrenze gleich im Grundgesetz festlegen. Davon profitieren aber vor allem jene, die schon über Vermögen verfügen. Kein Wort findet sich hier darüber, dass durch diesen politischen Schritt weitaus geringere Steuereinkünfte fließen würden – zur Freude derer, die ohnehin schon wenig zahlen. Mit einer Steuer- und Abgabengrenze würde die Privilegiensicherung für Vermögende fortgeschrieben, die öffentlichen Ausgaben würden aber reduziert. Der vorsorgende Staat wird hier an die ganz kurze Leine genommen. Wie soll aber auf dieser Grundlage wirklich effektiv in Schulen oder Straßenbau investiert werden? Letztlich läuft diese Forderung auf Steuergeschenke hinaus – für jene, die über ein großes Vermögen verfügen und ohnehin schon Abschreibungsmöglichkeiten haben.

Fazit

Die kurzen Beispiele Mindestlohn, Rente und Staatseinnahmen zeigen, dass die AfD auch in der Sozialpolitik auf Spaltung setzt und aus



zwei wirtschaftspolitisch zerstrittenen Flügeln besteht. Die einen setzen auf den freien Markt, andere betonen die Notwendigkeit staatlicher Regulierung und fordern Leistungen wie die von Höcke erdachte „Staatsbürgerrente“, die aber freilich nicht für Migrantinnen und Migranten gelten soll. Beide Flügel der AfD sind wesentlich durch gemeinsame Feindbilder verbunden. Solange diese Feindbilder aber wirken und solange die demokratischen Kräfte keinen Gegenentwurf massenwirksam machen können, wird der Rechtspopulismus dieses politische Vakuum füllen. Deutlich wird: Die AfD vertritt wie alle rechtspopulistischen Parteien nicht die Interessen der Beschäftigten und Arbeitslosen – vielmehr ist sie eine Privilegienpartei, deren Wirtschafts- und Sozialpolitik faktisch dafür sorgt, dass die „kleinen Leute“ klein bleiben.

Richard Gebhardt,
27.12.2019

Rechtspopulismus in Krefeld

Die AfD

Bei der Landtagswahl 2017 erreichte die AfD in den beiden Krefelder Wahlkreisen 6,7% bzw. 6,2% und der Krefelder Arzt Martin Vincentz kam über die Landeliste für die AfD in den Düsseldorfer Landtag. Bei der Bundestagswahl 2017 waren es 7,9% bzw. 9,2%, bei der Europawahl 7,78%.

Kommunalpolitisch ist die AfD bisher in Krefeld bedeutungslos. Bei den Ratswahlen 2014 errang sie elf Sitze, zwei im Rat und in den neun Bezirksvertretungen jeweils einen. Nach vielen Austritten sind nun keine AfD Mitglieder mehr im Rat und nur noch in zwei in Bezirksvertretungen.

Fehlende Sichtbarkeit in der Lokalpolitik soll offenbar durch provokative Sprüche in eigenen

Quellen: Örtliche Presse, Homepage AfD Krefeld, Facebook WerteUnion Niederrhein

Veranstaltungen wettgemacht werden. Wie die Lokalpresse berichtete, rief der Viersener AfD-Bundestagsabgeordnete Gottschalk einmal in Krefeld zum Boykott türkischer Geschäfte auf, wofür er sich später entschuldigte. Der Krefelder AfD-Politiker Guido Krebber (Polizist, stellvertretender AfD-Sprecher in Krefeld und damals Vize-Vorsitzender im AfD-Bezirksverband Düsseldorf) habe beim Neujahrsempfang 2018 der Partei in Krefeld gesagt, wenn die AfD erst einmal die Mehrheit habe, werde "endlich aufgeräumt in diesem Land". AfD-Veranstaltungen in Krefeld werden häufig von Gegendemonstrationen begleitet. Und während einer solchen Demo vor dem Seidenweberhaus, verteilte drinnen die AfD ein rassistisches „Malbuch“, was zu Ermittlungen des Staatschutzes führte.

Die WerteUnion

Die Werteunion e. V. ist keine anerkannte Parteigliederung von CDU oder CSU, obwohl ihre Mitglieder oft auch Unionsparteien angehören.

Die WerteUnion Niederrhein wurde unter anderem vom Krefelder Unternehmer Gerald Wagener initiiert. Wie die Presse berichtete, hatte er die Werteunion zwischenzeitlich verlassen, ist aber später wieder beigetreten. Auch die CDU Politikerin Simone Roemer, die als Sprecherin fungiert hatte, soll wieder ausgetreten sein. Als ihre Aufgabe sieht es die WerteUnion Niederrhein laut ihrer Facebook Seite an, als „Korrektiv zum Linkskurs der Kanzlerin zu wirken“. Beobachter unterstellen der WerteUnion Niederrhein, trotz gegenteiliger eigener Beteuerungen, eine große Nähe zur AfD.

Ulrich Knur

Öffentliche Finanzen



Öffentliche Finanzen und soziale Gerechtigkeit

Geld wäre genug da, um die soziale Gerechtigkeit zu befördern. Alle EU-Staaten leiden unter der Steuerflucht von Konzernen und Superreichen. Der langjährige Ministerpräsident Luxemburgs, Jean-Claude Juncker, baute das Großherzogtum zur größten Finanzoase in der EU aus – und wurde danach zum Präsidenten der Europäischen Kommission berufen, mit besonderer Unterstützung der CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die OECD stellt fest: Die „reichen“ Staaten verlieren durch diese systemische Steuerflucht jährlich 450 Milliarden Dollar. Die für die Mehrheit der Bevölkerungen wichtige Infrastruktur, also öffentlicher Verkehr, Krankenhäuser, Schulen, Trinkwasser- und Abwassersysteme, Straßen, Wohnungen, verfällt - oder wird privatisiert und verteuert. Zudem hat der deutsche Staat die übliche Vermögenssteuer ausgesetzt.

Deutschland wurde unter CDU- und SPD-geführten Regierungen zum Eldorado für Wohnungsspekulanten: Investoren wie BlackRock haben öffentliche Wohnungsbestände aufgekauft und holen hohe Gewinne heraus, z. B. Vonovia mit knapp 500.000, Deutsche Wohnen und LEG mit 160.000 Mietwohnungen. Mieten, Nebenkosten, die Preise für Eigentumswohnungen sind explodiert.

Der deutsche Staat hat unter den reichen Staaten als letzter einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt (2014). Zudem ist er viel zu niedrig und führt schon bei Vollarbeitszeit in die Arbeits- und Rentenarmut. Und zudem zahlen Unternehmer millionenfach nicht einmal diesen kümmerlichen Niedrigstlohn, und sie werden dafür nicht einmal bestraft. Die Zahl der Arbeitsplätze nimmt zu, aber die Arbeitszeit



Dr. Werner Rügemer

Werner Rügemer, geb. 1941, Köln, Publizist, Berater und Stadtführer, Vorsitzender der „aktion gegen arbeitsunrecht“ (arbeitsunrecht.de), Mitbegründer der Initiative „Gemeingut in BürgerInnenhand“ (gemeingut.org). Aktuelle Buchveröffentlichung: „Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure.“ 2. Auflage mit aktuellem Vorwort, Köln 2020, 360 Seiten, 19,90 Euro.

bleibt gleich und verteilt sich auf immer mehr prekär Beschäftigte: Teilzeit, 450 Euro-Jobs, befristete Arbeit, Leiharbeit, Werkvertragsarbeit, unbezahlte Überstunden, unbezahlte Praktika, Arbeiterstich, unangemeldete Haushalts-hilfen.

Gleichzeitig wird das Leben gerade für die Mehrheit der Bevölkerung hinten und vorne verteuert: Mieten, Nah- und Fernverkehr, Mehrwertsteuer, Portokosten, Gebühren für den staatlichen Zwangsanschluss bei Rundfunk und Fernsehen, Eintrittsgelder für Schwimmbäder und Museen, Zusatzzahlungen bei Medikamenten und medizinischen Leistungen, Kosten für Lernmittel in den Schulen, Gebühren für Personalausweise und für den Besuch von Kursen der Volkshochschule. Und so weiter.

Also: Es ist eigentlich ganz einfach. Die Gewinne und Einkommen müssen, wie das für alle abhängig Beschäftigten gilt, da versteuert werden, wo sie anfallen. Das gebietet auch das elementare Prinzip der Demokratie: Gleichheit vor dem Gesetz! Also Schließung aller Finanzoasen, beginnend mitten in der EU, in Luxemburg! Da können dann auch wieder Sozialwohnungen finanziert werden, Schwimmbäder... Die Universellen Menschenrechte der UNO beinhalten das Recht auf würdiges und sicheres Einkommen,

sichere und bezahlbare Wohnung, das Recht auf bezahlten Urlaub, auf einen ausreichenden Mindestlohn, auf Sozialversicherung für Rente, Arbeitslosigkeit, Gesundheitsversorgung – das alles haben unsere eifrigen Menschenrechts-Verfechter völlig vergessen. Denen müssen wir nachhelfen, wie es zum Beispiel die Berliner Initiative „Deutsche Wohnen enteignen!“ vor-macht.

Die auch von der EU vorgegebene „Schuldenbremse“ kann dann abgeschafft werden. Sie fördert die trickreiche Umgehung durch noch teurere Finanzierungsformen, z. B. Public Private Partnership (PPP): Da nehmen private Unternehmen für 30 Jahre teure Kredite auf, die auf die Mieten z. B. für Schulen umgelegt werden und heimlich die öffentlichen Schulden noch schneller hochtreiben. Stattdessen: Öffentlicher Fonds für die Kommunen!

Und es ist auch ganz einfach, eigentlich: Den Mindestlohn von jetzt 9,19 Euro auf 15 Euro erhöhen! Die Gewinne der Unternehmenseigentümer geben das her. Und wenn Unternehmer den Mindestlohn nicht zahlen, werden sie bestraft. Und müssen den Mindestlohn mit Aufschlag nachzahlen!

Werner Rügemer

**“Es herrscht Klassenkampf, richtig,
aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen,
die Krieg führt, und wir gewinnen.”**

Warren Buffet

US-amerikanischer Großinvestor, einer der reichsten Menschen der Welt, New York Times (NYT) 2006

Die Finanzen der Stadt Krefeld

Der Blick auf die Finanzen der Stadt Krefeld kann gerade jetzt sichere Aussagen nur für die Vergangenheit bringen. Die bis vor kurzem noch recht optimistischen Prognosen für die Zukunft werden in Folge der Corona Pandemie kaum so eintreffen können.

Lange Zeit war Krefeld wegen seines defizitären Haushalts in der Haushaltssicherung oder sogar im Nothaushalt und damit unter Aufsicht der Bezirksregierung. Es gab extreme Auflagen zur Haushaltskonsolidierung, die zu erheblichen Kürzungen bei den städtischen freiwilligen Leistungen führten. Das bedeutete teilweise heftige Einschnitte bei sozialen und kulturellen Einrichtungen, auch wenn versucht wurde, keine Strukturen zu zerschlagen. Eine wesentliche Rolle spielt auch die dauerhaft hohe Krefelder Arbeitslosenquote von mehr als 10%, wovon die Hälfte Langzeitarbeitslose sind. Die Sozialkosten stiegen in der Legislaturperiode um ca. 50 Mio. Euro und werden,

wenn die Arbeitslosigkeit nicht gesenkt wird, bis 2023 noch mal um 25 Mio. Euro steigen.

Die 2015 vom Stadtrat beschlossenen Steuererhöhungen, insbesondere der Gewerbesteuer, führten dank guter Konjunktur und niedrigen Kreditzinsen zu einer Konsolidierung des Haushalts: nach einem Fehlbetrag von 67 Mio. Euro in 2014 wurde für 2019 ein Überschuss von 4 Mio. Euro erzielt. Hinzu kamen großzügige Landes- und Bundesprogramme zum Ausbau der Infrastruktur und der Sanierung der Schulen. Dringende Aufgaben, die die Stadt aber ohne Hilfe nie erreicht hat. Entlastet wurde der Kernhaushalt u. a. dadurch, dass über 250 Mio. Euro Schulden in den Kommunalbetrieb verschoben wurden.

Wie viele andere Kommunen drücken Krefeld die Altschulden. Zwar sind die Kassenkredite von 417,1 Mio. Euro (in 2015), auf 335,6 Mio. Euro (in 2018) reduziert worden und lie-

gen aktuell bei rund 300 Mio. Euro. Insgesamt hat die Stadt eine enorme Schuldenlast von ca. 500 Mio. Euro, was einer pro Kopf Verschuldung 2069 Euro (in 2019) entspricht. Der viel diskutierte Altschuldenfonds von Bund und Land wird dringend benötigt.

Auch Krefeld versucht den Trick, weitere Schulden für Investitionen durch Privatisierung der Vorhaben zu verschleiern. Die neue Feuerwache wurde als ÖPP Projekt durchgeführt und belastet den Haushalt nun 30 Jahre lang mit insgesamt ca. 80 Mio. Euro. Der energische Versuch, auch die Sanierung des Stadthauses als ÖPP Projekt durchzusetzen scheiterte, weil die Privaten das Risiko nicht tragen wollten, das der Umbau dieses denkmalgeschützten Baus mit sich bringt. So kommt die Sanierung des Stadthauses nicht von der Stelle, und die Stadt muss so lange für viel Geld Büros für ihre Mitarbeiter anmieten.

Die Situation in Krefeld



Quellen: Statistisches Jahrbuch Krefeld 2018, Beteiligungsbericht der Stadt Krefeld 2018, Homepage der Stadt Krefeld, Infos aus den Ratsfraktionen

In ihrem jährlichen Beteiligungsbericht bezeichnet sich die Stadt Krefeld selbst als "Konzern". Die Stadt war am 31.12.2018 unmittelbar an 30 öffentlich-rechtlichen und privatwirtschaftlichen Gesellschaften beteiligt, von denen sich 12 im Mehrheits- bzw. alleinigen Besitz der Stadt befinden. Daneben bestehen 92 mittelbare Beteiligungen, d. h. Beteiligungen der genannten Unternehmen an anderen Gesellschaften. Je „mittelbarer“ diese Beteiligungen sind, je geringer wird der Einfluss der Stadt auf die Gesellschaften. So haben z. B. die SWK Stadtwerke Krefeld AG, eine 100% Stadttochter, 2019 eine Dividende in Höhe von 8,456 Mio. Euro an den städtischen Haushalt ausgeschüttet. Dazu kam eine Konzessionsabgabe der SWK Energie in Höhe von 10,037 Mio. Euro. Die Sparkasse Krefeld, an der die Stadt Krefeld 50% hält, gibt von ihren nicht unerheblichen Überschüssen nichts in den städtischen Haushalt, sondern finanziert mehrere Stiftungen.

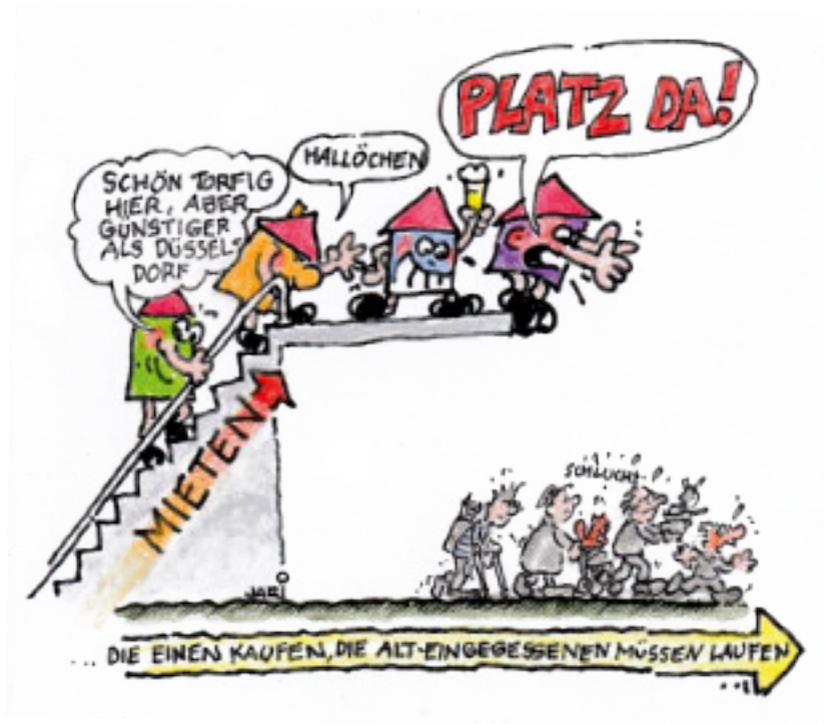
Ulrich Knur

Wohnungsmarkt



Lothar Wilhelms

Studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Nach der Lehrerausbildung arbeitete er bis zur Rente als „Fachbereichsleiter Arbeit & Ausbildung“ im Diakoniewerk Duisburg GmbH.



Mietenwahnsinn und Verdrängung stoppen!

Nicht nur die Debatte um den Berliner Volksentscheid „Deutsche Wohnen enteignen“ hat die Republik aufgeschreckt. Das Thema Wohnungsmangel bzw. bezahlbarer Wohnraum für alle ist in allen Medien und allen Regionen, vor allem aber in Großstädten, präsent.

Auf die Abschaffung der Wohngemeinnützigkeit 1990 folgten die massenhaften Privatisierungen kommunaler und anderer bis dahin günstiger Wohnungsbestände, wie z. B. Werkswohnungen, mit immer deutlicher spürbaren Folgen.¹

Etwa die Hälfte der Haushalte in Deutschland wohnt zur Miete; in den Großstädten über 70 Prozent.² Die Bestandsmieten in den fünf größten deutschen Städten stiegen von 2008 bis 2018 um 15 Prozent, die sogenannten Angebotsmieten bei Neuvermietungen um über 50 Prozent!³

Knapp die Hälfte der Haushalte in den Großstädten muss mehr als 30 Prozent des Nettoeinkommens für die Bruttokaltmiete ausgeben.⁴ Diese 30 Prozent gelten heute als Belastungsgrenze. 1968 sah der Mieterbund diese Grenze noch für Paare bei 2 Prozent!⁵ Über eine Millionen Haushalte haben heute nach Abzug der Mietkosten weniger Geld zum Leben als mit HARTZ IV.⁶

Aber: Wohnen ist ein Grundbedürfnis und muss ein einlösbares Grund- und Menschenrecht sein.⁷

Grund und Boden müssen der Spekulation entzogen und in den Dienst der Allgemeinheit gestellt werden.⁸ Schon 1953 beauftragte der Bundestag die Regierung, „den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, wodurch Spekulationsgewinne an Grund und Boden ausgeschlossen

werden.“⁹ Passiert ist nichts. Seit 1962 sind die Preise für Bauland bundesweit um 2.300 Prozent gestiegen.¹⁰ Diese risiko- und leistungslosen Gewinne von oft geerbtem Eigentum¹¹ verteuern Neubauten an entsprechenden Standorten erheblich. Notwendig ist stattdessen eine „echte Sozialbindung“ von Grund und Boden.¹² Auch das Bundesverfassungsgericht hat das besondere Interesse der Allgemeinheit an der Bodennutzung betont.¹³

Schon 1970 hieß es in einem Bericht an den Münchner Stadtrat: „Ungeschminkt ausgedrückt: Eine verschwindend kleine Minderheit wurde durch diese Entwicklung maßlos reich. Wir Normalbürger finanzieren diese Millionen Gewinne durch Steuern und durch Verzicht auf dringende Einrichtungen der Daseinsvorsorge.“¹⁴

Grund und Boden sollte von Gemeinden nur noch im Erbbaurecht weitergegeben werden.¹⁵

Die Versorgung mit Wohnraum ist eine wesentliche Aufgabe des Wohlfahrtsstaats. Wird das Wohnen für einen wachsenden Teil der Bevölkerung unbezahlbar, verstärkt das die gesellschaftliche und sozialräumliche Spaltung.¹⁶

ZEIT:

Es gibt noch viele andere Ungerechtigkeiten: Finden Sie es gerecht, dass sich ein normaler Angestellter bei der Allianz keine Wohnung in München leisten kann?

Bäte:

Gerechtigkeit ist für mich ein marxistischer Begriff. Ich weiß nicht, was das ist.

DIE ZEIT Nr. 49/2018, 29. November 2018

Oliver Bäte führt den Allianz-Versicherungskonzern mit 88 Millionen Kunden und 126 Milliarden Euro Jahresumsatz.

Der Markt versagt in der Bereitstellung eines ausreichenden und sozial verträglichen Wohnungsangebotes. Deshalb muss die öffentliche Hand entschieden gegensteuern. Das Pestel-Institut errechnete ein Defizit von bundesweit 4,2 Millionen Sozialwohnungen.¹⁷

Wir brauchen mehr sozialen Wohnungsbau im öffentlichen Eigentum¹⁸ mit dauerhafter Mietpreisbindung, um alle Haushalte zu versorgen. Eine nachhaltige und soziale Stadtentwicklung benötigt verlässliche Partner und handlungsfähige Kommunen. Dazu brauchen wir öffentliche und zivilgesellschaftliche, nicht-profitorientierte Träger eines gemeinnützigen Wohnungsbaus. Die Kommunen müssen wieder in die Lage versetzt werden, lokale Wohnraumversorgung und Stadtentwicklung durch öffentliche Bestände zu steuern.

Ende 2019 gab es in Deutschland laut Mieterbund nur noch 1,1 Mio. Sozialwohnungen, vor 1990 waren es noch 3,5 Mio.¹⁹

Durch staatliche Subvention sollen Einkommensarme zur Teilhabe am Wohnungsmarkt befähigt werden. Steigende Mieten gleicht der Staat deshalb durch immer höhere Zahlungen

in Form des Wohngelds oder Kosten der Unterkunft aus.

Alle Steuerzahler*innen subventionieren damit steigende Erträge überwiegend privater Eigentümer. Jährlich werden öffentliche Gelder in Höhe von etwa 18 Milliarden Euro für solche „Subjektförderungen“ ausgegeben. Seit 2005 haben sich die Ausgaben des Bundes in diesem Bereich mehr als verdoppelt.²⁰ Ein Beispiel für die „grandiose Umverteilung von unten nach oben“ in der Wohnungspolitik der BRD.²¹

Dabei wäre die direkte Finanzierung kommunaler oder landeseigener Sozialwohnungen viel sinnvoller. Die Finanzierung könnte aus der Besteuerung von Spekulationsgewinnen, höherer Erbschaftssteuer und Wiedereinführung der 1997 ausgesetzten Vermögenssteuer erfolgen.²² Ersparnisse bei Wohngeld und Kosten der Unterkunft im SGB II (HARTZ IV) würden einen Teil der Ausgaben kompensieren.

Wohnraum ist keine Ware wie jede andere. Wohnen ist vor allem in Großstädten zum Armutsrisiko geworden. Die Gefahr, aus dem eigenen Umfeld verdrängt zu werden, empfinden viele Menschen als Drohung gesellschaftli-

chen Abstiegs. Wachsende Verteilungskämpfe sind die Folge. Dies kann Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und rechte Tendenzen fördern.

„Bauen, bauen, bauen“ hilft da kaum. Empirisch belegt ist, dass Wohnungen bei Mieterwechsel teurer werden, also auch bei Umzügen in Neubauten der Wohnungsaltbestand teurer wird.²³ Eine Wohnung ist eben kein Gebrauchtwaren, sondern eine ganz spezielle Ware.

An diesen Mietpreissteigerungen ändert auch die 2015 beschlossene Mietpreisbremse nicht viel.²⁴

Das Beispiel Wien zeigt, dass es anders geht. Dort gehört ein Viertel aller Wohnungen der Gemeinde, weitere 15 % gemeinnützigen Bauvereinigungen.²⁵

Wir brauchen eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit, die zu sozialem Handeln verpflichtet und zugleich demokratisiert wird, indem die Mietermitbestimmung durchgesetzt wird.

Wohnen für Menschen – nicht für Profite!

Lothar Wilhelms

¹ Bontrup, *Wohnst du noch? Immobilienwirtschaft und Mieten kritisch betrachtet*, VSA 2018, S. 120

² Holm, Schreier, *Mietpreisexplosion und Wohnungsnotstand*, isw-Report Nr. 116/117, München 2019, S.3; Bontrup, S. 119

³ isw-Report S.3

⁴ isw S.5, vgl. Bontrup S. 28 (Bruttokaltmiete = Miete + NK ohne Heizung, Wasser, Strom/Gas)

⁵ Bontrup S. 121

⁶ Fifty-fifty 2-2020 S. 4

⁷ Bontrup, S. 116 f.; H.-J. Vogel, *Mehr Gerechtigkeit! Wir brauchen eine neue Bodenordnung*, Herder Verlag 2019, S. 42 ff

⁸ So auch Hans-Jochen Vogel z.B. S. 44

⁹ Vogel, S. 13

¹⁰ H.-J. Vogel S. 37 ff

¹¹ Bontrup S. 37

¹² Vogel S. 16

¹³ Vogel S. 36, 67 f, 49, 58 Bontrup S.117

¹⁴ Vogel S. 13

¹⁵ Vogel S. 54, Bontrup S. 117

¹⁶ *Vorabveröffentlichung* Seiten 1-18 zeitschrift-suburban.de, Für eine wirklich soziale Wohnungspolitik, S.1

¹⁷ Isw S. 4

¹⁸ Bontrup S. 139

¹⁹ WZ 2.1.20, jW 2.1.20

²⁰ *Vorabveröffentlichung* zeitschrift-suburban.de S. 2, s. Auch Vogel S. 41

²¹ Holm, Schreier, *Mietpreisexplosion und Wohnungsnotstand*, isw-Report Nr. 116/117, München 2019, S. 2, 29; Vogel S. 41, Bontrup S. 127 zu Einkommen, Miete, Lohnquote

²² Bontrup, S. 143, Vogel S. 34, 74

²³ *Vorabveröffentlichung* zeitschrift-suburban.de S. 5

²⁴ So auch Vogel S. 10, Bontrup S. 130 f

²⁵ Vogel, S. 32, 39, auch Beispiel Basel S.40; auch Fifty-fifty 2-2020 S. 5, Bontrup S. 139 f



Wohnungsmangel auch in Krefeld

In Krefeld galt der Wohnungsmarkt lange als eher entspannt, aber auch bei uns, in der „unentdeckten Perle am Immobilienmarkt“, – so die FAZ im August 2017 – fehlt bezahlbarer Wohnraum.

Die Gewinne der Immobilienkonzerne steigen; bei der LEG z. B. in 2018 um 7,9%²⁶, im ersten Halbjahr 2019 um 9,3%.²⁷ Die LEG hat 134.000 Mieteinheiten in NRW²⁸, etliche davon in Krefeld.

Die Stadt Krefeld spricht von einem zusätzlichen Bedarf von bis zu 7.000 Wohnungen für Krefeld bis Ende 2020. Gebaut wird aber viel zu wenig; in 2016 z. B. nur 240 Wohneinheiten.²⁹ 2017 entstanden in KR 404 Neubauwohnungen, 119 davon in Ein- und Zweifamilienhäusern.³⁰ In 2018 nur 235 Wohnungen.³¹

In Krefeld stehen geschätzt 7.000 Wohnungen leer.³² Das ist an vielen Stellen in der Stadt sichtbar.

Nach § 5 des Wohnungsaufsichtsgesetzes des Landes NRW ist Wohnraum vom Verfügungs-

berechtigten so auszugestalten, zu erhalten und wiederherzustellen, dass der ordnungsgemäße Gebrauch zu Wohnzwecken gewährleistet ist.

Untätige Hauseigentümer müssen zum Handeln oder zum Verkauf vorrangig an die Stadt gezwungen werden können. Ersatzvornahme oder auch Enteignungen dürfen kein Tabu sein. Bei den Renovierungsarbeiten könnten auch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für Langzeitarbeitslose entstehen.

Leerstehende Gebäude sind auch Ausdruck politischen Versagens. Sie müssen belebt werden. Dazu fordert das Sozialbündnis Krefeld von der Stadt die Erstellung eines Leerstandskatasters und entschiedene Maßnahmen zur Leerstands-beseitigung.

Der Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen (Sozialwohnungen) nimmt kontinuierlich ab. Er betrug 2016 im Mietwohnungsbe- reich nur noch 5.699 Sozialwohnungen (2015: 6.144) und im selbstgenutzten Wohneigentum 972 (2015: 1.095) Wohnungen. Die Sozialwoh-

nungsbestände werden, bedingt durch das Auslaufen von Belegungsbindungen und durch vorzeitige Rückzahlung der öffentlichen Mittel sowie infolge der geringeren Förderzahlen, auch zukünftig schrumpfen.³³

Laut städtischen Berechnungen fallen bis Ende 2028 ca. 1.950 Wohnungen / Häuser (Mietobjekte) aus der Preisbindung bzw. endet die öffentliche Förderung der Objekte.³⁴ In 2019 entstanden in KR nur 66 öffentlich geförderte Mietwohnungen.³⁵

Gemäß einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung (Nr. 063, April 2018) fehlen in Krefeld nach den Daten des Mikrozensus 2014 über 14.000 bezahlbare Wohnungen für ärmere Mitbürger. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Wohnungskosten 30 Prozent des verfügbaren Einkommens nicht übersteigen sollen.

Krefeld so teuer wie München? Alles relativ: „Die Bewohner beider Städte müssen im Mittel 28,3 % ihres Haushaltseinkommens für die Miete aufbringen.“³⁶

47 % aller Krefelder Haushalte haben eine Mietbelastung von mindestens 30 % des Einkommens.³⁷

Krefeld hat viele Arme und Geringverdiener. 15 % aller Krefelder*innen bezogen Ende 2018 Leistungen aus SGB II (HARTZ IV; 27.949 Personen) oder XII (Sozialhilfe 4.780) sowie Asylbewerberleistungsgesetz (1.383).³⁸ Mit anderen Leistungen wie Wohngeld dürften ca. 50.000 Einwohner auf Transferleistungen angewiesen sein.

Beim verfügbaren Einkommen lag Krefeld 2017 mit 21.594 € je Einwohner an 298. Stelle in NRW und damit unter dem Durchschnitt von 22.263 €. ³⁹

Laut Pestel-Institut hat in Krefeld sogar bei den Vollbeschäftigten jeder vierte weniger als 1.000 € Rente. Bei Absinken der Rente auf 43 % des Einkommens 2030 könnten über 47.000 Krefelder in der Grundsicherung landen.⁴⁰

Auch diese einkommensarmen Krefelder Bürger*innen haben ein Recht auf Wohnen!

Aber in Krefeld sind die Mieten seit 2009 um 27 % gestiegen.⁴¹ Dazu kommen höhere Nebenkosten: Ein 4-Pers.Haushalt mit 150 m³ Wasserverbrauch zahlt in Krefeld 402,04 € im Jahr, in Kevelaer nur 277,50 €. ⁴² Auch bei den Müllgebühren liegt Krefeld hoch.

Wir brauchen wieder deutlich mehr öffentlich geförderten Wohnungsbau, möglichst in kommunaler Hand (z. B. Wohnstätte) mit dauerhafter Mietpreisbindung. Was öffentlich finanziert wird, muss auf Dauer der öffentlichen Hand zur Verfügung stehen und für die wohlfahrtsstaatliche Daseinsvorsorge genutzt werden.

Die Stadt muss alle finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen und für deren Ausbau streiten.

Bei Neubauten müssen auch in Krefeld soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt werden. Krefeld braucht vorrangig bezahlbaren Wohnraum für Familien und Alleinstehende stadtnah bzw. in der Innenstadt statt Einfamilienhäuser am Stadtrand zu Lasten ökologisch wertvoller Flächen und Frischluftschneisen.

Lothar Wilhelms

³⁶ WZ 11.3.19

³⁷ WZ 10.8.19

³⁸ WZ 28.5.19

³⁹ WZ 19.7.19

⁴⁰ WZ 31.1.20

⁴¹ WZ 20.12.19

⁴² WZ 11.10.18 laut Wohnungsmarkt-Report NRW der LEG

³³ Daten aus dem 12. Wohnungsmarktbericht der Stadt KR 2016 von August 2017 S. 27

³⁴ Schreiben Stadt KR an ALZ v. 3.7.18

³⁵ WZ 7.2.20

³⁶ RP 30.3.19

³⁷ WZ 27. u. 28.3.19

³⁸ http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialindikatoren_nrw/indikatoren/7_einkommensarmut/indikator7_5/index.php

³⁹ WZ 21.9.19 u. 24.9.19

⁴⁰ WZ 5.12.18

⁴¹ WZ 22.1.20

⁴² RP 20.4.19



Gutachterin und Politikberaterin, leitet seit 2004 die Abteilung „Energie, Verkehr, Umwelt“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und ist seit 2009 Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der privaten Universität, der Hertie School of Governance, in Berlin. Von 2004 bis 2009 hatte sie die Professur für Umweltökonomie an der Humboldt-Universität inne.

Foto © André Künzelmann (UFZ)



Kluger Klimaschutz führt zu sozialer Gerechtigkeit

Den Preis der „fossilen Freiheit“ bezahlen ausgerechnet die, die am wenigsten zum Klimaschaden beitragen: Wer nämlich wenig hat, konsumiert wenig und verbraucht nur wenig

Ressourcen, trägt also in der Regel auch am wenigsten zum Klimawandel bei. Menschen mit geringem Einkommen, egal ob Pflegekraft, Friseur oder Rentnerin, haben also in der Regel

einen vergleichsweise kleinen CO₂-Fußabdruck. Und trotzdem zahlen sie für die Emissionen, ohne es zu wissen. Mit ihren Steuern werden ausgerechnet die belohnt, die einen völlig anderen Lebensstil pflegen: die Besserverdienenden mit großzügig bemessenen Einfamilienhaus, mit Erst- und Zweitwagen und mit Dienst- und Urlaubsreisen in ferne Länder.

Deswegen geht es langfristig beim Klimaschutz genau darum, massive soziale Ungerechtigkeiten zu verhindern. Denn die Folgen des Klimawandels – Dürren, Überschwemmungen oder Stürme – werden die Ärmsten härter treffen als anpassungsstärkere wohlhabende Nationen und Bevölkerungsschichten, in Deutschland wie im Rest der Welt. Hitze- und Kälteperioden werden die Schwächsten der Gesellschaft härter treffen als die Starken und Gesunden. Man stelle sich vor, alle Menschen müssen fortan den Schaden bezahlen, den sie anrichten. Man stelle sich vor, man würde die derzeit oft steuerbefreiten Klima-

schädlinge wie Kerosin, Diesel, Benzin und Heizöl an den verursachten Klimawandel-Folgekosten realistisch beteiligen. Und am selben Tag würde man damit beginnen, den Menschen das Geld, das ihnen jahrzehntelang heimlich aus den Taschen gezogen wurde, zurückzugeben – als Klimabonus oder Klimaprämie.

Genauso könnten die Einnahmen aus der nun eingeführten CO₂-Steuer als einheitliche Klimaprämie pro Kopf an die privaten Haushalte zurückgezahlt werden. So würden Haushalte mit niedrigem Einkommen in der Regel sogar bessergestellt, weil bei ihnen die Prämie die Steuerbelastungen überstiege. Wir haben es beim DIW durchgerechnet: Ausgehend von einer CO₂-Bepreisung von 80 Euro je Tonne Treibhausgas im Jahr 2023 sowie einer Senkung von Stromsteuer und EEG-Umlage um sechs Cent/Kilowattstunde ergäbe sich eine Klimaprämie von 80 Euro jährlich pro Kopf. Wie würde sich das auswirken?

"Der Glaube, dass Wissenschaft und Technologie die Erde vor den Folgen des Klimawandels bewahren wird, ist irreführend. Nichts wird unsere Kinder und Kindeskinde vor einer irdischen Hölle retten. Es sei denn: Wir organisieren den Widerstand gegen die Gier des globalen Kapitalismus."

Josef Weizenbaum (1923-2008)

Deutsch-US-amerikanischer Informatiker sowie Wissenschafts- und Gesellschaftskritiker
zit. nach: Weltverbunden leben, 09/2018

Zwei konkrete Beispiele: Das kinderlose Doppelverdiener-Paar mit etwa 5.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen, mit Eigenheim und zwei Autos zahlte dann unterm Strich zwölf Euro pro Monat mehr. Die in der Stadt zur Miete lebende Familie mit zwei Kindern, mit etwa über 3.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen und einem Auto hätte dagegen jeden Monat fünf Euro mehr im Portemonnaie.

Stattdessen wurden die emotionalen Diskussionen um soziale Ungerechtigkeiten durch eine mögliche CO₂-Bepreisung in einer geradezu widersinnigen Weise befriedet: So wurde im Klimapakete der Bundesregierung eine Erhöhung der Pendlerpauschale festgelegt, angeblich um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Tatsächlich passierte das Gegenteil: Die CO₂-Bepreisung fiel mit 35 Euro pro Tonne

vergleichsweise niedrig aus, aber von der erhöhten Pendlerpauschale profitieren ausgerechnet die besserverdienenden Fahrer spritfressender Fahrzeuge.¹

Es gibt deutlich bessere Ideen. Ohne Frage müssten stärker belastete Haushalte in bestimmten Fällen besonders gefördert werden und es braucht zusätzlich eine Förderung des öffentlichen Verkehrs, emissionsarmer Antriebe oder energetischer Gebäudesanierungen.²

Claudia Kemfert, 3.2.2020

¹ Lenkung, Aufkommen, Verteilung: Wirkungen von CO₂-Bepreisung und Rückvergütung des Klimapakets, Stefan Bach, Niklas Isaak, Claudia Kemfert, Nicole Wäger, DIW, 24.9.2019 https://www.diw.de/de/diw_01.c.683659.de/publikationen/diw_aktu_ell/2019_0024/lenkung_aufkommen Verteilung Wirkungen von CO2 Bepreisung und Rueckverguetung des Klimapakets.html

² CO₂-Steuer: Mit einem Emissionshandel wird das nichts. Ein Gastbeitrag von Stefan Bach und Claudia Kemfert, Zeit, 17.9.2019 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-09/co2-steuer-emissionshandel-klimaschutz-erderwaermung/komplettansicht>

Die Situation in Krefeld



Krefeld und der Klimanotfall

Auch in Krefeld wird die Aufmerksamkeit für den Klimawandel besonders von jungen Leuten forciert. Die Fridays for Future Bewegung (FFF), bei der Schüler am Freitag den Unterricht bestreiken, ist auch in Krefeld stark und hat 2019 zwei große Demonstrationen organisiert. Es blieb aber nicht nur bei Demonstrationen, FFF Krefeld versuchte auch, wie in vielen anderen Städten, die örtliche Politik zu mehr Einsatz gegen den Klimawandel zu bewegen. Sie legte ein 20 Punkte Programm vor, mit dem die Kommune darauf verpflichtet wird, wirksame Schritte für den Klimaschutz zu ergreifen. Und stieß dabei nicht nur auf Zustimmung.

Wenig überraschend hält die Krefelder AfD diese Bemühungen gegen den Klimawandel für „übertrieben und gefährlich“, ja sogar hysterisch. Macht aber nichts, denn die AfD spielt in der Lokalpolitik Krefelds bisher keine Rolle. Grüne und SPD brachten einen Antrag auf Basis des FFF Programms in den Rat ein, die SPD bestand allerdings darauf, dass nicht wie An dernorts von Klimanotstand, sondern von Klimanotfall gesprochen wird. Diese „Ausrufung

des Klimanotfalls“ wurde im Juli 2019 mit der Mehrheit von SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen von CDU und FDP beschlossen. Neben vielen anderen Maßnahmen wie z. B. Aufstellung einer CO₂-Bilanz, Installation einer/eines Klimaschutzmanager*in, Ausbau der Krefelder Fahrradoffensive uvm, wird auch ein sozialer Aspekt angesprochen: „Stärkere Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialstandards bei Ausschreibungen und Vergabeverfahren.“

Die Krefelder FFF Bewegung hat sich damit kompetent und erfolgreich in die Krefelder Kommunalpolitik eingemischt und macht damit auch 2020 weiter. Das könnte in Zukunft sogar noch leichter werden. War in der Juli-2019-Sitzung des Stadtrats noch der Verfahrenstrick einer Sitzungsunterbrechung nötig, um einem Vertreter von FFF die Möglichkeit zu geben vor dem Rat zu sprechen, so könnte das nach der kommenden Kommunalwahl viel einfacher sein, da die Grünen einer Vertreterin von FFF einen Platz auf ihrer Liste zur Ratswahl eingeräumt haben.

Ulrich Knur

Quellen: Niederschrift der Ratssitzung vom 04.07.2019, AfD Homepage, örtliche Presse

Umwelt und Gerechtigkeit



Die ökologische Krise zeigt für alle sichtbar das zerstörerische Wesen des vorherrschenden Naturverhältnisses, das der Erde und dem Leben die vorrangige Funktion zuweist, ein bloßes Objekt der Ausbeutung zu sein. Die Allgemeinheit dieses Naturverhältnisses ist nicht durch die Übereinstimmung vieler individuell getroffener Entscheidungen zustande gekommen, sondern beruht auf der gesellschaftlichen Macht der industriekapitalistischen Produktion. Andererseits sind die unmittelbaren

negativen Auswirkungen dieses Naturverhältnisses ungleich verteilt. So atmen beispielsweise grobe oder feine Stäube zunächst einmal vor allem die Produzierenden oder die in unmittelbarer Nähe Wohnenden ein. Wie lebensfeindlich eine profitorientierte Verwertung der Erde ist, erleiden die einen mehr und die anderen viel weniger, und eben dies ist seit den Anfängen der Industrialisierung eine Quelle der Ungerechtigkeit.



Pfarrer Hans-Peter Lauer

1987-1992 Pastor für Industrie- und Sozialarbeit im Kirchenkreis Duisburg-Nord, ab 1992 Pfarrer im Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt Duisburg/Niederrhein, ab 2009 Gemeindepfarrer in Duisburg-Marxloh.

Selbst noch die Maßnahmen, die aus der ökologischen Krise herausführen sollen, können sich unterschiedlich auswirken. So stellt sich etwa bei dem Versuch, die fortschreitende und seit Jahrzehnten bekannte Erderwärmung zu verlangsamen, die Frage, ob die Risiken, die mit dem Ende einer auf fossilen Brennstoffen basierten Produktion verbunden sind, nicht ungleich verteilt sind. Denn während Unternehmen mit Steuermitteln finanzierte Entschädigungen für Fehlinvestitionen erwarten können, droht den Beschäftigten der Verlust ihrer Erwerbsarbeit. Daher hängt die Akzeptanz der Maßnahmen, die die ökologische Krise überwinden sollen, davon ab, ob sie als gerecht angesehen werden.

Noch grundsätzlicher stellt sich die Frage der Gerechtigkeit, wenn man vom Begriff der Teilhabegerechtigkeit ausgeht. Wird darunter wie es die EKD-Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ formuliert - „die Eröffnung eines elementaren Anspruchs auf Teilhabe an den Lebensmöglichkeiten der Gesellschaft“ verstanden, dann schließt dies auch die Teilhabe aller an den Vorteilen eines ökologischen Umbaus der Gesellschaft ein. Als Kriterium für eine gelungene ökologische Transformation aller Lebensbereiche kann daher geltend gemacht werden, dass insbesondere einkommensärmere und be-

nachteiligte Bevölkerungsgruppen eine Verbesserung ihrer eigenen Lebenslage erfahren. So sollten mit dem Abschied vom städteplanerischen Leitbild der autogerechten Stadt insbesondere diejenigen begünstigt werden, die seit jeher Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs sind, weil sie sich keinen eigenen PKW leisten können. Auch waren die industrienahen Stadtteile von Anfang an wesentlich mehr durch gesundheitsschädliche Emissionen belastet als die Siedlungen, wo sich heutzutage der Widerstand gegen den Bau von Windenergieanlagen regt. Gerade in den vernachlässigten Quartieren der Ärmern und Benachteiligten sollte die aktuell propagierte ökologische Wende ansetzen und ein neues Naturverhältnis erfahrbare Gestalt bekommen. Hier müssten Pilotprojekte einer ökologischen Transformation entstehen. Hier wäre der Ort für Investitionen in Bildung und eine lebensfreundliche Organisation der Arbeit für Erwerbslose. Hier könnten Stararchitekten heruntergekommene Altbauten umgestalten und klimaneutrale Wohnquartiere für Menschen mit geringem Einkommen schaffen. Dann würde sich eine ökologische Erneuerung mit sozialer Gerechtigkeit verbinden.

Hans-Peter Lauer
Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Duisburg/Niederrhein

Das Sozialbündnis Krefeld

Die Plattform unserer Zusammenarbeit



Die gesellschaftliche Situation in Deutschland ist seit einigen Jahren gekennzeichnet von starken sozialen Verwerfungen. Sie zeigen sich an so unerträglichen Auswüchsen wie:

- Kinderarmut (jedes 4. Kind)
- Lohndumping (20% Niedriglohnsektor)
- Entrechtung Erwerbsloser (HARTZ IV)
- Altersarmut
- Arbeiten bis zum Umfallen und Rentenkürzung (Rente mit 67)
- Bildungsnotstand
- Zwei-Klassen-Medizin
- Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten

Armut und Reichtum sind zwei Seiten einer Medaille, der Reichtum weniger wird erst möglich durch die Armut vieler. Armut zu beseitigen ist daher eine Frage der Gerechtigkeit. Jedoch nimmt der Staat seine Aufgabe, eine Verteilungsgerechtigkeit herzustellen, schon lange nicht mehr wahr. Vielmehr wird eine Umverteilung von unten nach oben betrieben,

entsprechend der neoliberalen Politik. Auch im Krisenjahr 2009 sind die Vermögen der Reichen um 11% gewachsen. Die Absicht, 30 Milliarden Euro im Sozialhaushalt zu sparen, während die Vermögenden ungeschoren bleiben, wird diese Entwicklung verstärken. Dagegen wehren wir uns.

Wir verlangen eine Politik,

- die der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist
- die einen Schwerpunkt auf die Beseitigung von Armut legt
- die starken Schultern mehr auferlegt als schwachen
- die Bildung und Gesundheit unabhängig von der Einkommenslage garantiert
- die Dumpinglöhne verhindert
- die das solidarische Rentensystem erhält anstatt die Lebensarbeitszeit zu verlängern

Viele Menschen setzen sich seit Jahren mit ihren Organisationen für eine solche Politik ein. Verbessert hat das wenig. Die BündnispartnerInnen des Sozialbündnis Krefeld sind deshalb überzeugt, dass sich die negative Entwicklung der letzten Jahre nur durch eine gemeinsame Gegenwehr aufhalten lässt.

Bei aller Unterschiedlichkeit werden wir uns gegenseitig respektieren und den Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit gemeinsam und solidarisch gestalten - gewaltlos, aber konsequent.

Aus den unterschiedlichen Problemen und unseren unterschiedlichen Ansätzen ergeben sich verschiedenen Aktionsformen. Wir haben alle ein gemeinsames Ziel, das wir nicht nur mit gemeinsamen Aktionen, sondern

auch auf unterschiedlichen Wegen erreichen wollen. Diese Wege sind zum Beispiel die Aktivierung der Betroffenen, entsprechend aufbereitete Informationen, aktive Teilnahme an Infoständen, Demonstrationen und Mahnwachen, wenn erforderlich auch ziviler Ungehorsam.

Wir sind den Werten der Aufklärung und sozialen Gerechtigkeit verpflichtet, das schließt Nazis vom Bündnis aus.

Gemeinsam und solidarisch für ein soziales Krefeld.

Dank

Alle Autor*innen, die in dieser Broschüre zu Wort kommen, haben für ihre Beiträge kein Honorar verlangt. Dafür möchte sich das Sozialbündnis Krefeld noch einmal ganz besonders herzlich bedanken bei

Dr. Michael Schäfers	Vorwort
Prof. Dr. Christoph Butterwegge	Armut
Prof. Dr. Franz Segbers	Kinderarmut
Thomas Schellenberg	Energiearmut
Martin Debener	Tafeln
Werner Fleuren	Arbeitslosigkeit
Frank Jäger	Hartz IV
Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup	Arbeitszeitverkürzung
Heiko Holtgrave	Sozialticket
Michael Grosse	Kulturelle Teilhabe
Ralf Welter	Rente
Albert Koolen	Migration
Richard Gebhardt	Rechtspopulismus
Dr. Werner Rügemer	Öffentliche Finanzen
Lothar Wilhelms	Wohnungsmarkt
Prof. Dr. Claudia Kemfert	Klima
Hans-Peter Lauer	Umwelt und Gerechtigkeit

Die Beiträge zur Situation in Krefeld wurden von Mitgliedern des Sozialbündnis Krefeld, Brigitte Selbach, LotharWilhelms und Ulrich Knur mit Unterstützung vieler weiterer Kenner*Innen der örtlichen Verhältnisse erstellt.

Ihren besonderen Charakter erhält diese Broschüre durch die Jarikaturen des Krefelder Künstlers Jari Banas, der die Themen zeichnerisch auf den Punkt bringt. Mit ihm verbindet das Sozialbündnis Krefeld eine langjährige Zusammenarbeit.

Nicht zuletzt hat Guido Knabben durch das gelungene Design und Layout das Erscheinungsbild dieser Broschüre geprägt.

Die Erstellung der Broschüre wurde durch Finanzierung von Bündnispartner*innen und Spenden ermöglicht. Für unsere weitere Arbeit würden wir uns über Spenden der Leser*innen freuen.

Bündnispartner*innen im Sozialbündnis Krefeld

Alt-Katholische Kirchengemeinde
<https://erscheinung-christi.de/>

Anstoss e.V.
<http://www.anstoss-krefeld.de/>

Arbeitskreis DritteWelt e.V.
<https://fair-rhein.de/krefeld/verein/>

attac Krefeld
<http://www.krefeld-attac.de/>

Bündnis90/Die Grünen Kreisverband Krefeld
<http://www.gruene-krefeld.de/>

Bürgerinitiative Rund um St. Josef
<http://www.bi-krefeld.de/>

Cityseelsorge
<http://www.cityseelsorge-krefeld.de/>

CrewSeidenstadt-Piraten
der Piratenpartei NRW
<http://www.seidenstadt-piraten.de/>

DIE LINKE. Krefeld
<http://www.dielinke-krefeld.de/>

DGB Krefeld
<https://duesseldorf-bergisch-land.dgb.de/ueber-uns/dgb-vor-ort/dgb-stadtverband-krefeld>

DKP Linker Niederrhein
<https://dkp-rheinland-westfalen.de/index.php/aus-den-kreisen/linker-niederrhein>

Emmaus Gemeinschaft Krefeld e.V.
<http://www.emmaus-krefeld.de/>

Gewerkschaft
Nahrung-Genuss-Gaststätten Krefeld-Neuss
<https://krefeld-neuss.ngg.net/>

IG Metall Krefeld
<http://www.igmetall-krefeld.de/>

Katholikenrat
für die Region Krefeld /Meerbusch
<https://www.bistum-aachen.de/Region-Krefeld/buero-regionen/Raete/>

Katholische Arbeitnehmerbewegung
mittlerer Niederrhein
<http://www.kab-mittlerer-niederrhein.de/>

linksjugend [solid] Krefeld
<https://www.facebook.com/Linksjugend-solid-Krefeld-149103226116142/>

ökumenisches Arbeitslosenzentrum
Krefeld-Meerbusch e.V.
<http://www.arbeitslosenzentrumkrefeld.de/>

Solidaritätshaus Krefeld e.V.
<http://www.solihaus-krefeld.de/>

ver.di Bezirk Linker Niederrhein
<https://linker-niederrhein.verdi.de/>
und Einzelpersonen

